

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einget. in der Post-Verordng.-V. 1868 für 1892 unter Nr. 6652.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt I. Nr. 4190.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 28. Juni 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zum Quartalswechsel eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“.

Unser Blatt ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Jeder Genosse und vor allem jeder Berliner Genosse muß es als seine Pflicht betrachten, das Zentralorgan seiner Partei zu halten. Die Unterstützung der gegnerischen, auch der sogenannten parteilosen Presse heißt im Kampfe dem eigenen Feinde die Munition liefern.

Auf unsern Feuilleton-Teil wird besondere Sorgfalt verwandt werden. Ausser einem Roman aus dem Französischen:

Schlagende Wetter,

das Leben, Ringen und Sterben des Bergmanns Schildernd werden wir unter andern auch den trefflichen Roman:

„Die Waffen nieder“, von Freistau von Suttner, unseren Lesern vorführen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.)

Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig (mehrere Tage vor Quartalschluß) anzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Der Bankrott der Suntbewegung.

Nachdem in den Geheimrathskreisen lange das Jänglein der Wage geschwankt hat, ist der Bundesrath in seiner letzten Sitzung endlich zu einem Entschlusse in der Handwerkerfrage gekommen; er hat dem künstlerischen Gesetzentwurf, die Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises betreffend, ein Entwurf, den der Reichstag bereits

am 20. Januar 1890 mit 180 gegen 92 Stimmen angenommen hatte, seine Zustimmung versagt, und damit ist allen künstlerischen Utopien auf lange Zeit hinaus das Lebenslicht ausgeblasen. Die Künstler können nämlich nicht leben, wenn ihnen nicht wenigstens eine kleine Huld von Oben lächelt. Das unterscheidet ihre lahme Bewegung von der zielbewußten Arbeiterbewegung, die den oberen Gewalten zum Trost fortschreitet. Und somit ist wieder ein kleines Stück Reaktion endgiltig in das lähliche Grab gebettet.

Was bleibt aber für die Handwerker nach diesem Fiasko der Suntbewegung übrig? Bei Beantwortung dieser Frage möchten wir uns nicht an die liberalen Mandatsträger und ihre Blätter, sondern an die echten Suntreaktionäre selbst und ihre Aeußerungen halten. Der liberale Bildungsphilister hat für die Kämpfe des Handwerks mit der Großindustrie und der Maschine immer weiter nichts, als eitel Phrasen und absolutes Unverständnis gehabt. Seine Blätter freuen sich jetzt darüber, daß endlich reine Bahn gemacht sei, ohne zu ahnen, daß der Liberalismus von dieser reinen Bahn absolut nichts profitirt; sein ödes Manchesterthum hat ja hauptsächlich die Handwerker in die Sackgasse der Reaktion getrieben. Aber die Schwarzen, denen ein guter Fang entrisen ist, sie sehen klarer. Sie wissen bereits, daß es jetzt aus ist mit den „konservativen“ Lockmitteln für die ausgepowerten Handwerker. Und in ihrem Aerger lassen sie die Wahrheit durchblicken. So schreibt ein „Kunstblätter“ aus dem Junireisener in Berlin an die „Handwerker Nachrichten“ des Alten im Sachsenwalde: „Es bedeutet das seitens der verbündeten Regierungen die endgiltige Zurückweisung der Bestrebungen, welche dem Handwerkerstande durch die künstliche Wiederherstellung der mit dem heutigen Wirtschaftsleben schlechterdings unvereinbaren Formen des alten Sunstzwanges helfen zu können meinen. Und unter diesem Gesichtspunkte aufgefaßt, ist die dem deutschen Handwerkerthum die ablehnende Bescheidung jenes Reichstagsbeschlusses geradezu zum Segen gereichen. Wenn das Gesetz über die fakultativen Sunnungen in dem abgelaufenen Jahrzehnt, wie man zu gestehen muß, einen verhältnismäßig geringen Nutzen gestiftet hat, so ist daran in erster Linie jene tendenziöse Agitation schuld, welche den Handwerkern einredete, daß ohne Zwang durchaus nichts zu erreichen sei. Würde man sich in den Handwerkerkreisen nunmehr von der Unmöglichkeit, zur obligatorischen Sunnung zu gelangen, überzeugen zu lassen, so könnte die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß man sich der im Rahmen der fakultativen Sunnung gelegenen Mittel zur Hebung des Sunnungsstandes entschlossener und ausgiebiger als bisher bedienen würde.“ Ja, „könnte“ und „könnte“! Die Hoffnung sei aber sehr trügerisch, und der Artikelschreiber hat kein Vertrauen zu der Organisationsfähigkeit des Handwerks mehr, weil er sich ganz mit Recht sagt, daß nach dem starken Gewürz der begrabenen Sunstideen die fade Sauce der freiwilligen Sunnung erst recht nicht mehr ziehen wird. Und noch deutlicher wird die

brave „Kreuz-Zeitung“. Sie sagt ganz offen, das Ende der Handwerkerbewegung werde die Auflösung der vorhandenen Organisation des Kleingewerbes sein. Die ablehnende Haltung des Bundesraths erkläre sich sehr einfach daraus, daß ein großer Theil der Berufsgenossen dem Kampfe um das eigene Recht noch immer fern bleibe.“ Ein werthvolles Zugeständniß bezüglich der „Massen“, die hinter der Suntbewegung gestanden haben! Das Junierblatt schließt: „Ob das Handwerk nach der schweren Enttäuschung, die es soeben wieder erfahren hat — denn die erste ist es nicht — eines solchen Beschlusses (sich den konservativen Parteien anzuschließen. Red. des „V.“) noch fähig ist, wissen wir freilich nicht; leicht könnte es sein, daß es einem Pessimismus verfiel, der es, zum Theile wenigstens, der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben geeignet wäre, als der Partei, welche, wenn auch nur mittelbar, Berücksichtigung findet. Schon nach dem Handwerkerstage sind Stimmen laut geworden, die das, wenn auch keineswegs befürworteten, so doch voraussetzten. Die Sozialdemokratie selbst aber hat sich jederzeit als die entschiedenste Gegnerin aller Zugeständnisse an das Handwerk gezeigt, ohne im Mindesten ein Hehl daraus zu machen, daß sie sich von dieser Politik der Ablehnung und des Nichtsagens für ihre Zwecke viel verspricht, d. h. ein oder ein paar Mal hunderttausend Stimmen mehr. Dem Manne kann geholfen werden.“ sagt Karl Moor.

„Zawohl — dem Manne wird geholfen werden,“ sagen wir ohne Karl Moor und unter verständnißinnigem Lächeln für die Borntheit der „Kreuz-Zeitung“, die hinter ganz naturgemäßen Vorgängen, die sie richtig erkennt, doch immer noch Parteispekulationen nach dem Muster der Bourgeoispartei seitens der Sozialdemokratie erkennen will. Weil die Sozialdemokratie die Konsequente Vertreterin aller vom Kapitalismus Unterdrückten und Ruinirten ist, müssen sich diejenigen unter den Handwerkern, die überhaupt noch Kraft zu einer That und einem Entschlusse haben, ihr anschließen, nicht aber deshalb, weil wir auf den Stimmenfang bei den Handwerkern ausgegangen wären. Das haben die Konservativen und Schwarzen gethan, und sie haben jetzt das Nachsehen; wir haben von vornherein den Muth gehabt, gegen die Sunstutopien mit aller Kraft einzutreten, und diese Ehrlichkeit führt uns jetzt die Handwerker zu. Schon auf der vorjährigen Handwerkerkonferenz sagte Meister Viehl-München: „Ein großer Theil der Handwerker ist indifferent (gleichgiltig), ein anderer Theil sozialdemokratisch.“ Dieses Verhältniß wird sich für den „anderen Theil“ immer günstiger gestalten. Mit den wenigen Handwerkern, die Nichts lernen und Nichts begreifen wollen, mögen die Herren Künstler oder Dr. Bödel als Mistläufer in seinem neu gegründeten „Mitteldeutschen Handwerkerbund“ noch eine Weile ihr Wesen treiben. Der Bankrott der Suntbewegung ist zu Gunsten der Sozialdemokratie attenkundig erklärt!

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von H. Otto Walster.

„Nun ich dachte, es wäre wohl Zeit, daß sie zu Ende sein könnte.“

„Haben wir denn gesiegt oder giebt es noch einen König mit sechs Ministern, die ich gehängt sehen möchte?“

„Wir haben gesiegt, aber einen König mit einer großen Zahl Minister haben wir immer noch, nur daß die Minister außer Dienst sind und nicht gehängt werden sollen.“

„Nun, das will ich mir bei besserer Gelegenheit erzählen lassen. Sagen Sie, liebes Fräulein, wollen wir eine Partie Schach oder Toccadille spielen?“

„Reins von Weiben“, rief Olga lachend, „denn ich werde mich sogleich empfehlen.“

„So, nun dann werde ich mich auch zum Ausgehen bereit machen,“ erwiderte der Philosoph und zog die Klingel, worauf er dem hereintretenden Diener den Befehl zurief:

„Ich will in einer Viertelstunde Besuch machen, man bereite Alles vor.“

Frank und der Arzt eilten jetzt auf ihn zu und fragten, ob das wohl sein Ernst sein könnte, was er mit einem verwunderten Blick über ihre Zweifel brach und sodann seinem Freunde, den er erst jetzt bemerkte, die Hand zum Gruße reichte.

„Aber wo um Alles in der Welt wollen Sie denn hingehen, Herr Mensch?“ fragte der Letztere.

„Ich will Herrn Funderstein besuchen. Es war zwar nicht recht von ihm, daß er mir statt eines frischen Trunkes einen solchen Trank auf den Leib schickte, aber er hat im Uebrigen Alles gethan, um mir das Dasein zu verlängern, welches damals ein sehr kurzes werden zu wollen schien. Und nun liegt der Arme gewiß härter darnieder als ich?“

„Ja, leider, und so, daß er Ihren Besuch nicht annehmen kann.“

„Nun, dann will ich Streit und Lange besuchen.“

„Beide befinden sich im Wundstieber.“

„Dummes Zeug, wer wird sich mit Wundstieber abgeben. Ich werde ihnen gleich einen Trunk zuschicken, der ihnen das vertreiben soll. Aber wie steht es mit Iwan, der wird doch wohl zu sprechen sein?“

„Mein Bruder ist so weit hergestellt, um Besuch empfangen zu können. Aber wie wollten Sie zu ihm gelangen?“

„Nichts leichter wie das; ich laß mich in meinem Bett, das auch zum Lehnstuhl sich umklappen läßt, in meinen Reisewagen tragen und fahre darin ausgezeichnet.“

„Es würde Ihnen doch in Ihrem Zustande nicht zuträglich sein,“ bemerkte der Arzt.

„Meinetwegen, aber ich will es thun, denn ich langweile mich.“

„Und ich sage Ihnen, Sie sollen vernünftig sein, Herr Mensch, und ruhig liegen bleiben, bis Sie wieder ausgehen. Wir werden Sie nicht vor langer Weile sterben lassen, sondern Sie wieder besuchen, wenn Sie folgen!“

„Ich will folgen,“ gelobte der Philosoph, „aber es darf nicht zu lange dauern.“

„Damit Ihnen die Geduld nicht ausgeht, werde ich Ihnen einige Orangen schicken,“ erwiderte das Mädchen und empfahl sich mit ihrem Begleiter.

Dr. Rasmann saß inzwischen mit der Würde einer verleumdeten Unschuld oder eines verkannten Genies wieder in seiner Expedition, die zur Abwicklung der laufenden Geschäfte unter dem Beistande der beiden Rechtskandidaten fortgeführt worden war. Der würdige Advokat bemühte sich seit seiner Verabschiedung, sein Rechtsgeschäft wieder in Flor zu bringen. Die alten Klienten mußten zum größten Theile wiederkommen; viel neue mußte die Neugier dem ehemaligen Ministerpräsidenten zuführen, und daß die Zeit seiner Regierung mit der Zeit zu einer glorreichen Umgestaltung werden würde, das hoffte er unter Beihilfe der liberalen Presse, die schon so Manches möglich gemacht, auch bewirken zu können.

An der Spitze seiner Expedition saß, wie früher, Leberecht Habicht, den er seines Kontraktes nun einmal nicht eher zu entlassen entschlossen war, bis letzterer abgelaufen. Dagegen hatte er ihn wegen jeder Dienstvernachlässigung und jedes Schadens in Strafe zu nehmen angedroht. Und der ehemalige Polizeidirektor der revolutionären Regierung kam als ein Gegenstand höchsten Interesses, ja einer gewissen Verehrung von Seiten der sämtlichen Schreiber wieder in die Expedition und hatte bei seinem Erscheinen nach den großen Stürmen geäußert:

„Unverhoffter Weise trete ich noch einmal, wenn auch nur für kurze Zeit, an Ihre Spitze. Sie werden sich noch erinnern, daß ich Ihnen damals schon, als Sie über Vieles erkannten, sagte, daß noch viel wunderbarere Dinge passiren würden. Sie werden meine Worte bestätigt gefunden haben

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Die „große Militärvorlage“ wird uns nach der neuesten Vergrößerung „nur 40 Millionen jährlich“ kosten, und die zweijährige Dienstzeit einbringen. In acht Tagen wird sie vermutlich bloß halb so viel kosten und womöglich noch mehr „einbringen“.

Und wenn sie wirklich kommt, werden die 40 Millionen nur ein Tropfen sein auf einem heißen Stein. Das Volk soll bloß verwirrt gemacht werden, damit es sich ruhig einfangen läßt.

Konservativ-antifemische Zärtlichkeiten. In Sachen sucht die Regierung die Antifemiten von sich abzuschütteln, weil diese jetzt in Preußen in Ungnade gefallen sind, und Herr von Frischen, der Führer der sächsischen Hof-Konservativen, obgleich im Herzen ein wütender Judenhasser, zeigt sich deshalb in neuerer Zeit den Antifemiten gegenüber etwas kühl. Das hat nun den Altkonfessions-Vödel furchtbar ergrimmt und in wildem Zorn schreibt er in seinem Winkeltätchen über die sächsischen Konservativen:

„Sollten die Herren glauben, bei uns Anhänger erschrecken zu können, da sie selbst zu träge und unfähig sind, mit eigener Kraft etwas zu schaffen, so werden wir ihnen auf die Finger klopfen, daß ihnen das Wiederkommen vergeht.“

Nur zu! Schwer ist's ja nicht, auf die Finger zu klopfen!

Den bairischen Nationalliberalen, die vergangene Woche vor dem Hr. Hausmeier den gewohnten Bauchtanz aufführten, hält der ultramontan-radikale Sigl in seinem „Vaterland“ eine Strafbestrafung, die sich gewaschen hat. Die „Neuesten Nachrichten“ hatten geschwindelt:

„Dem deutschen Volke ist und bleibt Bismarck der Nationalheld, welchen es in riesigen Aufständen gegen alle Demmisse der Welt (1) gelungen ist, den Traum, die Hoffnung, die Freude und das Streben von Millionen und Abermillionen Deutscher zur Wirklichkeit zu gestalten, ein Kaiserreich deutscher Nation und Majestät anzurichten, so kräftig, so in sich geschlossen und so geachtet, ja gefürchtet auf dem ganzen Erdenrund, wie es nicht zu den Zeiten der Ottonen, nicht zu denen der Hohenstaufen oder in den Tagen Maximilians und Karls V. dastanden.“

Dazu sagt nun Sigl:

Das ist ein wenig stark — aufgeschnitten und zeugt von sehr mangelhafter Schulbildung der „Neuesten“, sowohl auf dem Gebiete der Geschichte wie auf dem der Geographie und wäre selbst als eine Leistung aus dem Reptilienstall ungenügend. Zu den Zeiten der Ottonen und Hohenstaufen war wirklich das heilige römische Reich deutscher Nation erheblich größer und mächtiger als das heutige „Deutsche Reich“ preussischer Nation, und zweitens war ein damaliger deutscher Kaiser in Wirklichkeit der erste und mächtigste Monarch Europas und damit der Welt, gab es überhaupt nur einen Kaiser und Herrn. Und im Reiche Karls V. ging bekanntlich die Sonne nicht unter, was vom preussischen Reich in diesem Jahrhundert schwerlich mehr zu sagen sein wird. Mit der Macht und Größe, die Oesterreich und sogar Italien um ihre Allianz angehen muß, ist es und kann es nicht so weit her sein, als die „Neuesten“ sich einbilden.

Und was den Traum, die Hoffnung, die Freude und das Streben von Millionen Deutscher betrifft, das Bismarck „zur Wirklichkeit gebracht“ haben soll, so ist das leider auch nur ein Traum der „Neuesten“. In Wirklichkeit ist die Schöpfung Bismarck die grauamste Enttäuschung für das deutsche Volk; das hat es nicht gehofft, nicht erstrebt, was Bismarck aus Deutschland gemacht hat, und selbst der Gewinn der paar Millionen widerwilliger Ufaß-Selbstbringer kann den Verlust von 12 Millionen Deutschen in Oesterreich nicht aufwiegen.

Davon, wie das bismarckische Deutsche Reich „in sich geschlossen, geachtet und gefürchtet“ dastehen soll, wollen wir lieber nicht reden; in sich ist das Reich in sich während bekämpfende Parteien zerrissen und zerflüchtet, und nach außen haben wir „Freunde ringsum und keinen einzigen Freund“, sagt Moltke, die nur auf den Moment lauern, über uns herzufallen. Und das ist speziell Bismarck's Wert, daß Jahr aus Jahr ein unsere Existenz auf dem Spiele steht, daß wir ein halbes Jahrhundert gerüstet sein sollen, um mühsam zu erhalten, was er mühsam zusammengeleimt hat, und daß wir in weniger als einem halben Jahrhundert unter der Wucht unserer Rüstung erdrückt werden und erliegen müssen.

Hierauf ist wenig zu antworten. Mit dem „erdrückt werden“ und „erliegen“, ist's aber nicht so gefährlich, wie Sigl meint. Das deutsche Volk müßte doch polizeiwidrig

dumm sein, wenn es nicht die Unglücksprophezeiung auf die einfachste Weise von der Welt zu nichte machte, nämlich indem es die Rüstung legal abwirft, statt sich von ihr erdrücken zu lassen.

Die alte Leierkastenmelodie von der festen Regierung wird jetzt auf allen Leierkästen des Bismarckrings gespielt. Die jetzige Regierung sei nicht fest — sie lasse sich vom Wind der Tagesstimmungen bewegen — da sei es früher anders gewesen, wo der eiserne Säcularmensch in seiner Eisenfaust das Staatssteuer geführte Papperlapapp. Eifern war die Faust nicht, obgleich sie dem Blut- und Eisenmann gehörte, der selber auch nichts weniger als eifern war und gleich allen anderen Sterblichen dem Druck der Verhältnisse nachgab. Und das Steuer wurde von der „eisernen“ Faust auch nichts weniger als „fest“ geführt, sondern sehr häufig, dem Gebot des Augenblicks folgend, mit plötzlichem Ruck umgedreht, so daß es bedenkliche Zickzack-Bewegungen gab in der äußeren sowohl wie in der inneren Politik. Der „Kurs“ der Politik war thätlich von einer wahrhaft beunruhigenden Unstetigkeit und Nervosität. In der äußeren Politik: heut plumpe Schmeichelei, morgen Kaltwasserstrahl — beleidigendes Lob, beleidigendes Drohen, immer herausfordernd den Westmächtigen gegenüber, kriechend vor Rußland mit Ausnahme einiger kurzer Perioden polternden Geschimpfs zur Abwechslung.

— Oesterreich gegenüber die Politik Dr. Eisenbart's: amputiert und dann wieder nothdürftig zusammengeleimt u. s. w. Und in der inneren Politik: erst Betteln um die Gunst und den Beistand der Sozialisten, dann Sozialistengeß; erst Freihandelspolitik, dann Schutzzoll; erst Kulturkampf, dann demüthige Abbitte im Schloßhof von Canossa. „Festigkeit“ war das nicht, sondern das gerade Gegenteil, und die „Titanenkraft“ des Säcularmenschens zeigte sich nur in dem fürchterlichen Gebelle und Geheule der reichsfinanzlerischen Preshente und in dem Höllepektakel der Klaque, welche dem deutschen Volke (für sein eigenes Geld) jeden Tag Morgens, Mittags und Abends in die Ohren zu brüllen hatte: Bismarck ist der größte aller Staatsmänner und Deutschland die glücklichste Nation, weil dieser größte aller Staatsmänner so gnädig war, ihr Schicksal in seine Hand und ihr Geld in seine Tasche zu nehmen.

Genug — die „Festigkeit“ des Bismarck'schen Regiments ist eine jener Lügenlegenden, die es selber in seinen Falschmünzer-Werkstätten angefertigt und ausgeprägt hat. Festigkeit und Rombythum sind zwei himmelweit verschiedene Dinge.

Gerade daß die Nachfolger des Fürsten Bismarck der öffentlichen Meinung nachgeben, bei verschiedenen Gelegenheiten sich angensällig durch sie haben bestimmen lassen, das beweist, daß sie mehr echt staatsmännischen Geists haben, als dieser „echte Moskowiter“, wie die „Germania“ ihn nennt, und giebt ihnen eine größere Festigkeit. Die Festigkeit, welche um jeden Preis den eigenen Willen durchsetzen will, sich starr gegen jede gegnerische Meinung abschließt und stemmt, geht so lange zum Brinnen bis sie bricht, oder „zerschmettert“ wird, wie der letzte und brutalste Vertreter des absoluten persönlichen Regiments, eben der Bismarck. Auch jetzt haben wir noch persönliches Regiment, aber es ist nicht absolut, es läßt sich von der öffentlichen Meinung beherrschen. Und ist das auch ein Zustand, der nicht von Dauer sein kann, so ist es doch ein Fortschritt, verglichen mit der Bismarck'schen untertürkischen Wirthschaft, die hätte sie fortgedauert, Deutschland aus der Reihe der zivilisirten Staaten gestrichen hätte.

Die Lügner an der Arbeit. Ueber die Thätigkeit der sozialistischen Gemeinverwaltungen in Frankreich werden von der Bourgeoisepresse die haarsträubendsten und blödsinnigsten Lügen verbreitet. So wird jetzt behauptet, die Sozialisten hätten — o Graus — die Polizei abgeschafft, so daß Mord und Todtschlag herrschen könne! Die „Abschaffung“ der Polizei besteht darin, daß die Polizeibeamten Weisung erhalten haben, sich um den Sicherheits- und Wohlfahrtsdienst mehr als bisher zu bekümmern, sich aber von allen Eingriffen in die persönliche Freiheit der Bürger fern zu halten.

Die Sozialisten im Stadtrath von Paris — Baillant, Chauvière und Genossen — haben nachstehende Anträge gestellt:

fragte nach dem Prinzipal, zu welchem er alsbald dienstfertig von Habicht geleitet wurde. Raffmaus hatte eben in großer Erregung die Landeszeitung niedergelegt, in welcher er einen Steckbrief gegen den flüchtig gewordenen Kaufmann Kollmann, eine der hauptsächlichsten Stützen der Partei für „Freiheit und Fortschritt“, gelesen. Dieser würdige Wortkämpfer für die Heiligkeit des Eigenthums hatte wegen betrügerischen Bankrotts, mit Hinterlassung von 100 000 Thalern Passiven, das Weite gesucht, er, der die volle Strenge des Gesetzes gegen ein unschuldiges Mädchen angerufen, welches ihm ein Päckchen Spizen gestohlen haben sollte, welches Mädchen, wie wir gesehen, darüber zu Grunde gegangen war. „Von Rechtswegen“ wie die juristische Handwerksphrase lautet. Juristisch zugeschnittene Gerechtigkeit vor allen Dingen, Schutz des persönlichen Eigenthums, Fiat justitia, pereat mundus! Die von der Universtität patentirte Gerechtigkeit ist das Erste und sollte die Welt darüber zu Grunde gehen. Nur ein Impertinent kann fragen, was dann aus der heiligen Justiz und den genialen Juristen wird, wenn ihretwegen die Welt untergegangen.

„Herr Doktor“, erklärte der Gerichtsassessor auf die verlegene Frage von Seiten des Advokaten, „es ist durch den Herrn Advokat Streit, als Bevollmächtigten des Fräulein Howald, die bestimmte Aufforderung an uns ergangen, in Ihrem Lokale Nachfrage und Nachforschung nach den Spuren des verloren gegangenen Testaments anzustellen. Ich ersuche Sie deshalb zunächst, Ihr sämtliches Personal hier versammeln zu lassen.“

„Das wird leicht geschehen sein, denn ich brauche nur meine beiden Rechtskandidaten aus dem Nebenzimmer zu rufen“, erwiderte Raffmaus und beeilte sich, die jungen Männer zu zitiren.

Als das ganze Personal somit versammelt worden, sprach der Assessor dasselbe mit den Worten an:

Nach bestimmten Anzeigen soll vor etwa vier Jahren durch Herrn Dr. Raffmaus ein Testament im Auftrage des verstorbenen Herrn Howald in Verfügung über dessen spätere Nachlasssachen abgefaßt worden sein. Ich muß Sie deshalb von Gerichtswegen fragen, ob Sie in irgend einer Weise

Der Rath, in Erwägung,

daß die Löhne der Arbeiter und Angestellten der Stadt fast immer durch die Verwaltung selbst und zwar unter der Höhe derjenigen in industriellen Geschäften und nach Maßgabe der Lebensmittelpreise und mehr oder weniger nach Verhältnis der Bedürfnisse und Existenzbedingungen bestimmt wurden;

daß die Stadt, indem sie das Recht auf Altersversorgung, das allen denen zu Gute kommen soll, die es brauchen, anerkennt, das Recht auf eine anständige, normale Existenz während der Ausstellungsperiode in keiner Weise vermindern will;

daß das Recht, bis zur Zeit des Ruhestandes oder der Altersversorgung durch Arbeit zu leben, nach einer Anzahl von städtischen Arbeitern und Angestellten fehlt und nur durch Festsetzung eines täglichen oder monatlichen Minimallohnes, unter dem kein Angestellter oder Arbeiter in städtische Dienste treten darf, gesichert werden kann;

daß dieser Lohnungsgrundsatz, durch den die Herabsetzung der Arbeitszeit — wenn einmal der Widerstand des Staates aufgehoben wird — sowie der wöchentlichen Ruhelage, die Bewähungen der Gewerkschaften und eine bessere Organisation der Arbeiter begünstigt wird, die nothwendige Grundlage der verlangten Lohnrevision und einer gerechten Vertheilung der Arbeiten, deren Gleichwertigkeit anerkannt wird, bildet: daß der Rath, der durch mehrgedachte Beschlüsse das Recht der Arbeiter und der Stadt, den Unternehmern einen Minimallohn für ihre Arbeiter vorzuschreiben, bestätigt hat, das gleiche Recht den Arbeitern und Angestellten der Stadt selbst nicht verweigern kann,

beschließt:

Kein städtischer Arbeiter oder Angestellter, unter welchem Titel er auch angestellt sein möge, kann mit weniger als 5 Fr. per Tag oder 150 Fr. per Monat bezahlt werden.

Mit einer Totalrevision der Löhne für die verschiedenen Kategorien von Arbeitern und Angestellten wird die II. Kommission und die Arbeitskommission betraut (im Sinne gleicher Bezahlung für gleiche Arbeiten oder gleichwertige Funktionen).

Ferner: Der Rath, in Erwägung, daß, wenn nächstens ein städtisches Bureau für Arbeitsstatistik errichtet wird, ähnlich demjenigen der Vereinigten Staaten, so weit es gesetzlich gestattet ist, es sehr wichtig ist, von Anfang an die Existenz- und Betriebsbestimmungen festzustellen;

daß überdies, wie bei der Arbeitsbörse, es nöthig ist, daß das vorgeschlagene Institut nicht nur bezwecke, Aufklärung zu schaffen, die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, Lohn und Geschäftsgewinn, die Bedingungen der Produktion, der Vertheilung der Güter und Reichthümer, den Gesundheitszustand der Industrie, ihre Gefahren, die Dauer und Bezahlung der Arbeit, die Arbeitslosigkeit, die Ernährung, die Wohnungen, die Gesundheit der Einzelnen, sowie der Familien und Klassen u. z. kennen zu lernen und daß es ebenso nöthig ist, daß das Institut danach trachte, die freie Organisation zu begünstigen und die Arbeiterklasse zu verteidigen;

bezüglich dieses Punktes ist besonders zu beachten: der Vortheil, von Anfang an die Grundlagen einer Arbeiterstatistik durch Erhebungen und Angaben der organisirten und vereinigten Arbeiter zu schaffen;

die Nothwendigkeit, daß die Erhebungen, Korrespondenzen und Studien ihren ungehinderten Fortgang haben, und daß der Sekretär, der damit betraut wird, das volle Vertrauen seiner Kameraden und Kollegen habe, daß er von ihnen gewählt werde und eine tägliche Entschädigung von 8 Fr. oder von 8000 Fr. per Jahr erhalte;

die, sowohl im Interesse der Arbeiterorganisation als auch im Interesse des Werthes des so erhaltenen und dem nationalen oder städtischen Bureau übermittelten statistischen Materials liegende Bedeutung, daß, sofern der Sitz des Sekretariats in Paris ist, diese Genossenschaften, Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde so viel als möglich die Gesamtheit ihrer Mitglieder im Departement und in der Stadt in sich fassen,

beschließt:

Jede Arbeiterkorporation oder Vereinigung ähnlicher Korporationen, die als Gewerkschaft oder Gewerkschaftsbund organisiert ist und in Paris oder im Seine-Departement mehr als 1000 Mitglieder zählt, die aus ihrer Mitte einen in Paris wohnhaften Sekretär wählt, dessen einzige Aufgabe es ist, alle Angaben, alle auf das Leben der Arbeiter bezüglichen statistischen Angaben zu sammeln, hat das Recht, von der Stadt Paris eine jährliche Entschädigung von 8000 Franks zu verlangen, die für den Unterhalt und die Thätigkeit dieses Arbeitersekretariats bewilligt werden unter der einzigen Bedingung, daß ein vierteljährlicher summarischer Bericht über die erhaltenen statistischen Angaben dem nationalen Arbeitersekretariat, der Verwaltungskommission der Arbeitsbörse, sowie dem städtischen statistischen Bureau, sobald dieses errichtet sein wird, zur Beglaubigung übermitteln werden soll;

die jährliche Subvention für das Arbeitersekretariat jeder Korporation soll vermehrt werden können, falls die Wichtigkeit

und mir nun um so mehr glauben, wenn ich Ihnen versichere, daß noch wunderbarere Sachen passiren werden. Ich, als der ehemalige Chef der revolutionären Polizei, sage Ihnen das; und nun arbeiten Sie ruhig weiter.“

Dr. Raffmaus heuchelte seit seiner Rückkehr aus der höheren Politik einen genialen Humor, den er von Zeit zu Zeit durch ein Glas herben Ungarweins zu nähren bedacht war; man sah ihn dann und wann in der Schreibertube erscheinen, sich die Hände vergnügt reibend, und zuweilen selbst bei vorgekommenen Fehlern mit einem leichten Scherz die Sache abschließend. In noch höherem Grade empfanden die Rechtskandidaten diese Wandelung, da er ihnen gegenüber einen gewissen Ton von Kollegialität annahm. Mit Erstaunen blickten nach solchen Erfahrungen die Schreiber auf Habicht, der dann nicht verfehlte, seine Lieblingsprophezeiung anzubringen.

Dr. Raffmaus hatte aber unter seinem angenommenen Humor eine gewisse Unruhe zu verbergen, die durch eine an ihn ergangene gerichtliche Anfrage wegen eines Testaments des seligen Herrn Howald erweckt worden war. Auf die erste Anfrage hatte er leichten Muthes irgend welche Kenntniß darüber in Abrede gestellt, bei einer zweiten aber war ein Jenge erwähnt worden, den man neben dem verstorbenen Verwandten der Howald'schen Familie zugezogen hatte, der aber inzwischen nach Amerika gegangen und dort verschollen war. Die politischen Ereignisse hatten verhindert, daß Raffmaus zu einer ernannten Antwort gezwungen werden konnte; und erst jetzt war die Aufforderung abermals gekommen, zu erklären, ob ein solches Testament von ihm aufgenommen worden sei oder nicht. Er hatte nun allerdings nochmals verneinend geantwortet, aber obwohl er alle Spuren von einer Abfassung, Registrirung, Kostenrechnung u. s. w. in seinen sämtlichen Akten und Büchern getilgt hatte, verursachte ihm der Name des verschollenen Zeugen doch eine Unruhe, die er nicht zu bewältigen vermochte.

Und gerade am Mittag des Tages, an welchem Raffmaus gemüthlicher und Habicht mit seinen Bemerkungen verheißungsvoller als gewöhnlich gewesen, erschien ein Gerichtsassessor in Begleitung von zwei Gerichtsdienern und

von einem solchen Testamente gehört oder Spuren davon gefunden haben, daß ein solches in dieser Advokatur aufgenommen worden ist?“

Freierliches Schweigen trat nach dieser Frage ein, und der Assessor wollte eben den Mund zu einer weiteren Aeußerung öffnen, als Habicht sich räusperte und erklärte:

„Herr Assessor, ich habe bis jetzt geschwiegen, weil ich abwarten wollte, ob irgend Jemand bestimmtere Auskunft zu geben vermöchte. Da dies nicht geschehen, so gestatte ich mir, wahrheitsgetreu mitzutheilen, daß mir allerdings aus früheren Zeiten in den Akten und Büchern Spuren vorgekommen sind, die mir sagten, daß ein solches Testament existire. Diese Spuren fanden sich, soweit ich mich noch erinnere, in einem Register der aufbewahrten Dokumente, sowie in einer Kostenzusammenstellung für Herrn Howald, dem Vater, in welcher die Kosten für Ausfertigung eines Testaments den letzten Posten bildeten.“

Raffmaus erbleichte und wollte sprechen; aber der Assessor winkte ihm zu schweigen und fragte dann weiter: „Und wo glauben Sie, Herr Habicht, könnte ein solches Dokument aufbewahrt sein?“

„Wenn es noch vorhanden, so müßte es in dem feuerfesten Dokumentenschrant des Herrn Doktor sich vorfinden.“

„Sie werden uns diesen Schrant gefälligst öffnen, Herr Doktor“, erklärte der Assessor.

„Mit Vergnügen“, erwiderte dieser und warf seinem Expeditionsvorstand einen giftigen und zugleich höhnischen Blick zu, worauf er nach dem Schranke ging, den er öffnete.

„Herr Habicht, sind Sie mit der Einrichtung dieses Schrankes vertraut?“ fragte der Assessor von Neuem. „Mit diesem im Besonderen nicht; aber mein Bruder arbeitet in diesem Fache und hat mich genau mit den Eigenthümlichkeiten des ganzen Systems bekannt gemacht.“

„So fordere ich Sie auf, die Ausleerung desselben vorzunehmen, und uns alle Papiere, wie Sie dieselben vorfinden, einzuhändigen.“

Habicht machte sich sofort an die Arbeit; er ging der Reihe nach und leerte die Fächer von oben nach unten

der Arbeiten und Erhebungen eine Vermehrung rechtfertigen, und wenn durch die Statistik selbst bewiesen werden sollte, daß die Arbeiter der Korporation, sowohl die des Departements als die in Paris in ihrer großen Mehrheit der durch ihren Sekretär beim städtischen statistischen Bureau vertretenen Gewerkschaftsorganisation beigetreten seien.

Marquis de Morès, der berühmte Antisemit, Boulangist und Anarchistenhäuptling, ist wegen des Duells, in dem er einen jüdischen Gegner erstach, verhaftet worden, und ein Teil der französischen Presse hat eine förmliche Hege gegen den Mann in Szene gesetzt. Dieser Enttäuschungssturm ist eine lächerliche und verächtliche Komödie — wie so ziemlich jeder Enttäuschungssturm. Wie kann man sich ernsthaft über einen Vorfall entrüsten, der den landesüblichen Sitten entspricht? Finden in Frankreich nicht jeden Tag politische Duelle statt? Und daß einmal ein zufälliger ernsthafter Eude nimmt, ist doch wahrhaftig kein Grund zu sittlicher Entrüstung. Zu wünschen ist nur, daß der tragische Ausgang dieses Duells den Franzosen die Lächerlichkeit des Mode gewordenen Duellsports, der ja in 99 von 100 Fällen die reinste Spielerei ist, zum klaren Verständnis bringe. Da waren die Franzosen vor 100 Jahren vernünftiger. Wenn sie hörten, daß irgend ein Raubbold einen politischen Gegner zum Duell gefordert hatte — wie das eine Sitte des römischen Adels war — so wurde der Sünder am Krage gepackt und ein paar Mal in einen Teich getaucht oder unter eine Pumpe gelegt, bis er — vernünftig war. Das half. Und in der französischen Revolution gab es keine Duelle. Das Rezept war also gut. Wie wär's, wenn es wieder in Anwendung käme?

Ob das Duell, in welchem der Edelste Herr von Morès einen Juden erstach, dem Duellunfug in Frankreich ein Ende machen wird, das ist allerdings nicht sicher — sicher aber ist und eine Tatsache, daß es dem französischen Antisemitismus ein Ende gemacht hat. Zudem der antisemitische Boulangist und Anarchist dem jüdischen Offizier, weil dieser Jude war, die Lunge durchstach, verjagte er dem Antisemitismus einen Stoß ins Herz. Das Duell hat einen ungeheuren Eindruck gemacht. „Ist das möglich?“ fragte sich das aufgeklärte revolutionäre Frankreich, als es die Katastrophe erfuhr — „ist es möglich, daß 100 Jahre nach der großen Revolution, die alle Menschen gleichstellte und den Juden die Freiheit und das Bürgerrecht gab, ein Jude getödtet werden kann, weil er Jude ist?“ Und: „das darf nicht sein! Fort mit diesem Spul!“ — ruft die Stimme des Volks.

Der Antisemitismus hat in Frankreich ja nie eine Rolle gespielt. Es fehlte ihm die pflegende Hand eines Bismarck. Allein in den Schmutzwinkeln, wo gegen die Republik Konspiriert wird, da wuchs auch das Sumpf- und Giftspalanzlein Antisemitismus. Niemand beachtete es. Doch das Duell des Morès hat auf einmal den Franzosen gezeigt, daß es auch in Frankreich Stöcker, Pidenbache und Ahlwardte giebt. Und nun ist es vorbei mit dem französischen Antisemitismus.

Die belgischen Sozialdemokraten werden auf keine Abschlagszahlung eingehen. Sie wollen das allgemeine Stimmrecht, und sind entschlossen, es sich unter allen Umständen zu erkämpfen. Verweigert die Majorität der belgischen Kammer dem Volke sein vornehmstes politisches Recht, so werden die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit einstellen. Das kann jetzt als unbedingt sicher angesehen werden. Man weiß, daß die sozialistische Partei sich nur sehr ungern für Anwendung dieses letzten Mittels entschieden hat. Sie ist sich der Schwierigkeiten und Opfer wohl bewußt, die der Schritt mit sich bringt, sie weiß auch, daß nicht alle Arbeiter in der Lage sein werden, die Arbeit an einem bestimmten Tag einzustellen, allein sie hat, auf Grund genauester Information, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Beteiligung an dem allgemeinen Streik umfänglich genug sein wird, um die Hauptbetriebe des Landes ins Stocken zu bringen.

Sehr zu Statten kommt es den Sozialisten, daß der bedeutendste Militär Belgiens, General Brialmont, mit der Regierung gebrochen und sich rückhaltlos für das allgemeine Stimmrecht erklärt hat.

Nach einem Telegramm vom heutigen Tage kam es gestern Abend in Brüssel zu einer Schlägerei zwischen Sozialisten, Polizisten und Soldaten. Die Polizei scheint

Als er aber das geheime Fach öffnete, schob er sogleich und mit einer Geschwindigkeit, welche verhinderte, daß Jemand etwas davon merkte, die leichte Rückwand mit dem Nagel des kleinen Fingers in die Höhe und holte ein Papier hervor, welches er dem Assessor übergab.

Dr. Raffmaus hatte sich eben gleichgültig abgewendet, als der Gerichtsbeamte das Dokument entfaltete, es prüfte, wieder zusammenfaltete und dann die verhängnisvollen Worte sprach:

„Das Testament ist gefunden, unser Zweck ist erreicht.“
Dr. Raffmaus wechselte die Farbe und rief:
„Wie? was? was wollen Sie gefunden haben?“
„Das Testament, welches wir suchten.“
„Nicht möglich, gar nicht möglich. Wo? wo sollte es sein?“
„Hier in meiner Hand.“

„Dann ist es untergeschoben worden; ich habe nicht zusehen, es ist nicht aus dem Schranke gekommen, es kommt wo anders her. Ich protestiere dagegen, daß es als aus meinem Schranke hervorgekommen betrachtet wird.“

„Unwürdiger Verdacht!“ rief der Beamte erzürnt, „hier vor allen diesen Zeugen ist es aus dem Schranke gekommen; das Uebrige wird sich finden.“

„Es ist eine miserable Intrigue; ich werde beweisen, daß es eine Unterschlebung ist, daß es nicht sein kann, nicht ist.“

„Und ich, Herr Doktor, werde bezeugen, daß das Dokument aus diesem Schranke gekommen. Uebrigens stimmt Ihre Unterschrift; und der Zeuge der darauf steht, ist in New-Orleans ermittelt worden. Ich nehme das Dokument mit und werde der Staatsanwaltschaft Mitteilung machen. Das Uebrige wird sich dann aus der anzustellenden Untersuchung ergeben.“

Der Beamte entfernte sich hierauf mit den Gerichtsdienern. Dr. Raffmaus war auf einen Sessel gesunken und versank in dumpfes Brüten. Gegen 1 Uhr ließ Habicht die ganz verdutzten Schreiber zu Tisch gehen und entfernte sich dann, ohne von dem wie betäubten Chef weiter Notiz zu nehmen.

— der Fassung des Telegramms nach — im Unrecht gewesen zu sein, und die Sache wird in der Kammer zur Sprache kommen. Das Militär zeigte sich den Sozialisten freundlich — ein Umstand, welcher der Regierung wohl Kopfschmerzen verursachen dürfte. Nähere Nachrichten sind abzuwarten.

Zu Holland ist ebenfalls eine starke Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts; sie läuft der Bewegung im benachbarten und nahverwandten Belgien parallel und beide Bewegungen stärken einander. Die angeblich hochverräterischen Demonstrationen gegen die beiden Königinnen (die unmündige Tochter und Thronerbin des verstorbenen Königs und deren Mutter, welche „Regentin“ ist) waren, wie sich jetzt herausstellt, Demonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Und daraus hat die kapitalistische Demagogie eine unanständige Egge gegen zwei Frauen gemacht und bereits einen Hochverrats- und Majestätsbeleidigungsprozess konstruiert!

Der englische Wahlkampf verspricht sehr hitzig zu werden. Je geringer der prinzipielle Unterschied, desto größer pflegt beim Streiten die Leidenschaftlichkeit zu sein. Der Wahlkampf ist bereits zu einer regulären Wahlprüfung geworden. Die Irländer — und wohl gemerkt bis jetzt nur die Homeuler unter sich, Parnelliten und Antiparnelliten — bearbeiten einander mit Schilleklaps (den berühmten faulstidigen irischen Knüppeln) und auch an anderen Orten geht's scharf her; der alte Gladstone hat bereits ein dickgeschwollenes blaues Auge, infolge allzu naher Berührung mit einer Volkstruste, die von weiblicher Hand geschleudert ward. Seit er sich gegen das Frauenstimmrecht erklärt, hat Gladstone die Damen gegen sich, und das ist ein nicht zu unterschätzendes Moment.

Die Cholera kommt von Asien her; sie ist schon bis an die russische Grenze vorgeückt, herangeschleppt durch russische Händler und Regierungsagenten; und wenn die westeuropäischen Mächte in Petersburg nicht sehr ernsthafte Vorstellungen machen, wird sie auch bei der russischen Botterwirtschaft sehr bald von Russland zu uns eingeschleppt sein. Es wird zwar offiziell gemeldet, alle Vorsichtsmaßregeln seien getroffen, wir wissen aber was das bedeutet. Russland ist, Dank dem Barenregiment, ohnehin schon ein gemeingefährlicher Seuchenherd.

Sinterlader gegen Sinterlader. Als wir vor einigen Tagen von der jüngsten Niederlage unserer „afrikanischen Schuhtruppe“ sprachen, bemerkten wir, Nichts sei leichter zu lernen, als das Kriegshandwerk und die methodische Menschenschlägerei. Wie recht wir hatten, erhellt aus den neuesten Nachrichten über die Niederlage Wilson's. Die Neger hatten den Deutschen ihre militärischen Kunststücke überraschend gut abgelernt, und sie hatten vortreffliche Sinterlader. Da unsere Landsleute besiegt wurden und die, welche nicht gefallen sind, sich durch die Flucht retten mußten, so hatten sie keine Gelegenheit, die Fabrikmarke der Rebellenflinten zu betrachten. Man vermutet aber, es sei englisches Fabrikat, und die englischen Missionäre werden beschuldigt, die Neger mit diesen Gewehren versorgt zu haben. Ob's wahr ist? Wir wissen es nicht und dächten, es sei auch ganz gleichgültig. Wenn die Neger einmal dahinter gekommen sind, daß sie Sinterlader und 8 oder 6 Millimeter brauchen, um den fremden Eindringlingen gewachsen zu sein, dann werden sie stets in der Lage sein, sich die nötigen Mordinstrumente zu verschaffen. Die Industrie ist international wie der Kapitalismus — im letzten Kassenkrieg und in späteren Kriegen, welche die Engländer zu führen hatten, kämpften auch die Feinde der Engländer mit englischen Waffen, und die deutschen Fabrikanten werden, wenn ein Geschäft zu machen ist, nicht patriotischer sein, als die englischen Kollegen. Also, wer den Negern die Flinten geliefert hat, ist höchst nebensächlich, das Schlimme ist: daß die Neger hinter das Geheimnis unserer militärischen Ueberlegenheit gekommen sind. Die Moral dieser nicht mehr zu bestreitenden Tatsache ist, daß, wie schon früher von uns hervorgehoben ward, die Kolonialpolitik nicht mehr im Kleinen betrieben werden kann. Entweder im Großen oder gar nicht. Entweder Verdoppelung und Verzehnfachung der bisherigen Ausgaben, oder vollständiger Bruch mit der Kolonialpolitik! Jeder Pfennig, der für unsere

Wierundzwanzig Stunden später war der Führer der liberalen Partei, das beredte Landtagsmitglied, der geehrte Vorsitz der Stadtverordneten, Ehrenmitglied so und so vieler Kommissionen und Komitees, spurlos verschwunden, um jenseits des Ozeans, wo so viele falsche Größen ein neues Vaterland suchen, — vergeblich natürlich, weil sie nur in den ungesunden Verhältnissen des alten Heimatlandes emporwachsen konnten, — ein dunkles und unbeachtetes Dasein zu führen — die größte Strafe für einen ehrgeizigen — besser gesagt — eitlen Menschen.

Zwanzigstes Kapitel. Die letzten Fünf.

So viel auch in der Zeit geschah, seitdem wir das letzte Mal die hochgelegenen Räume besuchten, in welchen die erste Szene unserer Erzählung gespielt, so wenig Veränderungen waren dort merklich geworden.

Zwar hatten die sanguinischen Bewohner der Wechselstube mit aller Sicherheit gehofft, daß der Zustand endlich an ihre Pforte klopfen und ihnen Erlösung bringen würde; sie hatten auch nach den sachverständigen Berechnungen des Lieutenant Sommer über die Schnelligkeit, mit der das Arbeiterheer sich näherte, wozu das Gebrause und das lebhaft Knallen der Gewehre die nötigen Anhaltspunkte gab, die Zeit herausgefunden, in welcher der „Friedensbote“ bei ihnen anklopfen würde. Aber nichts von alledem geschah; der Geschützdonner verhallte, das Gewehrfeuer verstummte, nach und nach hörte auch das Brausen und Summen, das Marschieren der Truppen auf, die Nachtwächter piffen wieder in den Straßen — die alte Ordnung war zurückgekehrt und nichts war, als man sich aus den getäuschten Hoffnungen zurückwand in die Wirklichkeit, geschah, als daß der Kalender befandete, wie der Sommer tagmühsamer wiederum um einige Tage dem Herbst näher gekommen.

Der Mensch hofft und hofft. Wie das mythische Ungeheuer, die Hyder, nach jedem abgeschlagenen Kopfe zwei neue ansieht, so stehen auf dem Boden einer niedergeschlagenen Hoffnung zwei neue, um das verzagende Herz neu aufzurichten. Unzählig, wie die Blätter und Blüten des Frühlings,

jehige platonische Kolonialpolitik ausgegeben wird, ist zum Fenster hinausgeworfen, und jedes Menschenleben, das ihr geopfert wird, ist umsonst geopfert.

Bezüglich des Genossen Körner lesen wir im „Schweizerischen Sozialdemokrat“: „Deutsche Parteiblätter haben die Nachricht verbreitet, daß Genosse Körner, welcher dormalen in Genf sich aufhält, aus der Schweiz ausgewiesen sei. Die Genossen sollten sich Mühe geben, den Urheber dieser falschen Nachricht zu entdecken. Die Sache riecht sehr nach einem Ursprung aus politischen Polizeihänden.“

Daß Genosse Körner dagegen politisch-polizeilich überwacht wird, versteht sich natürlich für unsere heutigen schweizerischen Zustände von selber. Dazu haben wir ja unser herrliches politisches Polizei-Institut, und Genf ist gerade der richtige Ort dafür. Körner ist ja von der italienischen Polizei mißhandelt worden, und das genügt, um ihn „verdächtig“ zu machen. Denn die politische Polizei aller Länder fühlt sich heute solidarisch verbunden. Immerhin wird der Wunsch irgend eines deutschen oder italienischen Polizei-Agenten, den die oben erwähnte Nachricht ausbrüht, nicht so leicht in Erfüllung gehen, so lange Genosse Körner den Maulkorb, den die freie Schweiz allen fremden Sozialisten, die bei uns wohnen wollen, verbindet, geduldig trägt.“

Soziale Ueberlicht.

In die Arbeiter Deutschlands!

Die Ausgesperrten vom Rixdorfer Weberstreik sind jetzt bis auf zwei Mann untergebracht; wir ersuchen daher alle, welche im Besitze der von uns ausgegebenen Sammellisten sind, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern, damit die Abrechnung erfolgen kann.

Das Streikkomitee

der Rixdorfer Webergesellen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Töpler!

Auf dem Bau des Herrn Meyer, Charlottenburg, Kantstraße, Ecke Uhländerstraße, haben sämtliche Kollegen (S) wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt, weil Herr Meyer den Lohnunterschied nicht anerkennen will.

Berein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpler Berlin und Umgegend.
Der Vorsitzende: S. Hoffmann.

Maurer von Berlin und Umgegend!

Da wir durch das einseitige Vorgehen der lokalen Richtung gezwungen sind, mit an der Lohnbewegung teilzunehmen, obgleich wir überzeugt sind, daß die Zeit keine günstige ist, so fordern wir alle zentralistisch gesinnten Maurer auf, sich dem Beschluß der am 26. Juni bei Feuerstein stattgehabten öffentlichen Versammlung zu unterwerfen. (Resolution siehe Versammlungsbericht.) Jeder Kollege ist verpflichtet, sich behufs Kontrolle im Restaurant Mariendorferstr. 10, bei Grube, Vormittags von 8 bis 10 Uhr zu melden und wird dort nähere Auskunft erteilt.

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle

Berlin II.

J. A. W. Kerstan.

Die Maurer von Steglitz, Friedenau, Wilmerdorf, Lanitz, Lichterfelde, Zehlendorf und Schmögen wählten in voriger Woche zwei Vertrauensmänner und beschloßen, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Ueber die Firma Gebr. Weinmann, Charlottenburg, Englishstr. 20 (früher Berlin, Königgräberstraße) wird uns von einigen Tischlern geschrieben:

Wir hatten, wie bisher seit 20 Jahren, 9 1/2 Stunden Arbeitszeit. Es ist uns nun zugemutet worden, statt 9 1/2, wie üblich 10 Stunden zu arbeiten. Wir nahmen eine abwartende Stellung in dieser Frage ein, einerseits im Verwahrsein, unsere Pflicht zu erfüllen, andererseits, um nicht durch schnelles Vorgehen bei der jetzigen schlechten Geschäftslage selbst außer Brotes zu kommen. Ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter hat es jedoch fertig gebracht, die Forderungen der Fabrikanten zu unterschreiben. Dies den Tischlern zur Beachtung!

Aus Frankfurt a. M. berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Gleich sämtlichen Arbeitern der Bindingschen Brauerei haben nun auch die Arbeiter der Kempf'schen Brauerei nach längerer Verhandlung die zehnstündige Arbeitszeit, sowie eine Lohnhöhung von 4 M. wöchentlich zugestimmt erhalten.

schließen die Hoffnungen der Menschen in die Höhe, Tausende verwelken, Tausende führt der West fort, und wie viel reifen der Erfüllung entgegen? Die bestbegündeten Hoffnungen, wenn Hoffnungen überhaupt gegründet sein können, erweisen sich als trägerisch, und trotzdem hoffen die Menschen zu allen Zeiten auf einen glücklichen Zufall, der sie aus traurigen Verhältnissen reißen soll. Die Religion ist die Hebamme, welche unermüdet die Hoffnungen ans Licht zieht und ihnen die ersten Liebesdienste erweist. Und so wird fortgehofft, bis allen Hoffnungen Zeit und Raum abgeschnitten zu sein scheint —

Und beschließt er am Grabe den Pilgerlauf,

Am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf!

Aber freilich, was die begründetsten Hoffnungen nicht erfüllen, die Kühnsten nicht zu hoffen gewagt, das weist mit lecker, übermüthiger Hand ein bloßer Zufall häufig in den Schooß des längst Verweisselnden. Einmal muß bei dem ewigen Wechsel, bei dem unaufhörlichen Aufeinanderfolgen von Ursachen und Wirkungen das heitere Loos auch in den Schooß des nicht mehr Hoffenden fallen — wenn er nur so lange lebt, wenn er nur noch im Stande, es zu genießen!

Es ist wieder ein heißer Nachmittag; die Sonne brennt mit kaum erträglicher Gluth auf dem Dache, unter dem die Bewohner der Wechselstube ihren Kaffee langsam hinunterschöpfen, langsam — um sich den Genuß zu verlängern und die Zeit zu verkürzen. Die politischen Ereignisse haben doch insofern Einfluß gehabt, als in Aufsehung einer ungewissen Zukunft mehrere Gläubiger für gut befunden haben, ihr Geld für etwa bringender werdende Zwecke zu sparen und dadurch indirekt Aufhebung der Last ihrer Schuldner zu beantragen, während neue Opfer nicht hinausfordern wurden. Nur Einige, die sich bis dahin schweres Geld hatten kosten lassen und die der Ausgiebigkeit ihres Beutels soweit vertrauen durften, um auch eine solche Krisis mit getrostem Muthe auszuhalten zu können, blieben noch immer fest. Die Zahl der Bewohner dieses stillen Ortes ist darum seit länger als einer Woche auf Bier herabgesunken, und alle Bier sind alte Bekannte.

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 28. Juni.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Berliner Theater. Narcis.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Die Fledermaus.
Ostend-Theater. Bei Bismarck.
Hierauf: Die Kellnerinnen von Berlin. Zum Schluss: Die guten Plinten.
Thomas-Theater. Mamselle Nitouche.
Fellenkiantheater. Der Kasinoball. Hohe Gäste.
Kroll's Theater. Die Mollabier.
Adolph Graf-Theater. Die Weltschwimmerinnen.
Kaufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater

(Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg)
Dienstag, den 28. Juni:
1. Theil: Spezialitäten 1. Rang.
2. Theil: Hermann und Dorothea. Posse mit Gesang in 1 Akt von Wolfbraun.
3. Theil: Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Geschw. Laura, Amelie und Gisela Neumann, Gesangs-Trio.
Zum Schluss: Der Zauberbrunnen der Najaden, grosses Ballet-divertissement, ausgeführt von dem aus 20 Damen bestehenden Corps de Ballet. Wunderfontaine, 5 Solo-Tänzerinnen.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung bieten die gedeckten Hallen Schutz für ca. 3000 Personen.
Morgen: Grosse Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Föhnen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte
in sieben lebensgrossen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Victoria-Brauerei.
Lühnowstrasse 111/112.
Im Konzortgarten resp. Saal
Täglich (ausser Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Streiswechselnd.
Anfang 8 Uhr
Sonntags 7 1/2
Entree 50 Pfg.
Wochentagsbilletts à 40 Pfg. (S. Plakate)

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
2289L. **Hellmuth Peters.**

Geschäfts-Verlegung!
Den Genossen und Kollegen zur Nachricht, dass ich vom 1. Juli d. J. mein Restaurant, Weiss- und Bairisch-Vier-Lokal wegen zu hoher Mietsteigerung nach der Gitschinerstr. 93 part. verlege. Vorwärts, „Einigkeit“ u. s. w. liegen aus. Die Zahlstelle Nr. 6 des Verbandes der Geschäftsbienner, Pader u. Verussg. befindet sich eben dort.
Franz Krause, Gitschinerstr. 93, dicht an der Alexandrinenstrasse.

Spülvorrichtungen für Schank- u. Wirtschaften (in der Werkstatt im Betrieb z. r. Anschlag) liefert zu soliden Preisen **Ed. Kiedtke, Klempnerstr. 8.** 684b



Bestes Nähgarn!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in „Schwarz-müller's Salon“, Kolberger Straße Nr. 23:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Diskussion über: Die Stellung der Sozialdemokratie zu Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten. 2. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. 3. Frageliste.
Da bei der grossen Zahl der zur Diskussion vorgemerkten Redner die Versammlung sich lange ausdehnen dürfte, wird dieselbe präzis 8 1/2 Uhr eröffnet. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.
Bezirk S., SW. u. W.
Dienstag, den 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 7-8:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Werkstatt-Delegierten sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Gäste haben Zutritt.
Der Bevollmächtigte.

Große öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien, Album-, Karton-, Lederwaren-, Luxus-Papier- und Glacé-Karton-Papierfabriken besch. Arbeiter und Arbeiterinnen
am Mittwoch, den 29. Juni, Abends präc. 8 Uhr, in Mandl's Salon, Köpcke'sche Str. 100.
Tagesordnung:
1. „Arbeiterbewegungen und Organisationen“. Referent: Reichstags-Abgeordneter J. Auer. 2. In welcher Weise gestalten wir in Zukunft unsere Organisation? 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Es wird Euch allen zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da die zu fassenden Beschlüsse von Wichtigkeit sind.
Mit kollegialischem Gruss
Adolf Riese, Schönleinsstraße 17. H. Greifenberg, Gräfe'sche Str. 9.

Graveure und Ciseleure.
Dienstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitations-Kommission.
4. Verschiedenes.
Kollegen, da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, ist es notwendig, dass jeder Einzelne in der Versammlung erscheint.
Der Einberufer.

Schlossbrauerei Schöneberg.
Sonntag, den 3. Juli 1892:
Grosses Sommerfest
arrangiert vom Arbeiter-Bildungsverein von Schöneberg bestehend in

Großem Vokal- und Instrumental-Konzert.
Unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine:
Roths Nelke (Schöneberg), Harmonie, Frühlingstau, Froh-Hoffnung, Wahrheit, Kreuzberger Harmonie, Waldkapelle, Phönix, Freiheit I, Liedertafel Westend (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes),
über 250 Sänger,
unter Leitung des Dirigenten Herrn V. Dillenberger.
Die Musik wird ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker unter Leitung des Herrn G. Janke.
Aufführung von lebenden Bildern.
Von 2 Uhr ab: Große Kaffeehochzeit. Um 9 Uhr: Große Fackel-Polonaise, wozu jedes Kind beim Eingang eine Stocklaterne gratis erhält.
Von 6 Uhr ab im Saale Tanz.
Anfang 4 Uhr Nachmittags. Programm 25 Pf.
Zu diesem Sommerfest werden die Berliner Genossen ganz besonders eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Programms sind vorher in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie in Schöneberg in folgenden Lokalen zu haben: Böhl, Grunewaldstr. 120, Siegelar, Holzstr. 43, Kabe, Hauptstr. 57, Papier, Hauptstr. Ecke Klotzstrasse.
Das Komitee.

Große Dampferpartie bei Vollmondschein verbunden mit Sommernachtsball
am Sonnabend, den 9. Juli, Abends 9 Uhr, ab Jannowidbrücke nach Gornha-Brauerei, Nieder-Schönweide, veranstaltet vom
Allgemeinen Deutschen Sattler-Verein.
Während der Fahrt auf sämtlichen Dampfern Musik, ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern der Freien Vereinigung, sodann in beiden Sälen Ball und im Garten Konzert. Alles Nähere die Programme.
Billets für Hin- und Rückfahrt 75 Pf. sind zu haben in den Restaurants von Gröndel, Dresdenerstr. 116; Wienecke, Alte Jakobstr. 83; Paetsche, Französischestr. 5, sowie bei Plum, Ackerstr. 144, S. 4 Cr.; Schulte, Prinzessinnenstr. 28, S. r. 3 Cr.
NB. Die nichtverkauften Billets müssen bis Mittwoch, den 6. Juli, beim Komitee Abends von 8-11 Uhr im Restaurant Wienecke, Alte Jakobstr. 83, zurückgegeben werden, widrigenfalls diese als verkauft angesehen werden.

Achtung! Metallarbeiter!
Sonntag, den 3. Juli:
Herrenpartie nach Grünau.
Abmarsch Morgens 7 Uhr vom Verkehrslokal, Eisenbahnstr. 20 bei Sigemund. Sämtliche Metallarbeiter sind eingeladen. Für Nachzügler 12 Uhr in Johannisthal bei Eustleben. Um rege Beteiligung ersuchen
Die Werkstatt-Vertrauensmänner.

W. Sandke, Gärtelstr. 14, empfiehlt: Glas, Porzellan, Steinzeug, Bunzlauer und Emaillewaren, i. großer Auswahl zu billigen Preisen. Atelier für Porzellanmalerei, Grabsteine etc.

Rechnungs-Abschlüsse
über den
Buchdrucker-Streik
sind für die Vorstände der Gewerkschaften Berlins von der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt unentgeltlich abzuholen. Für die übrigen Arbeiter Berlins sind in folgenden Lokalen Exemplare zur Einsicht ausgelegt:

- N.** Blum, Weinbergsweg Nr. 11A. Engel, Antonstr. 1. Klein, Schauffstr. 73. Kuhlmei, Schönhauser Allee 28. Peterson, Veteranenstr. 22. Naabe, Ruppinerstr. 42. Schayer, Brunnenstr. 40. Thend, Prinzen-Allee Nr. 62/63. Thierbach, Schwedterstr. 44. Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27. Zepernick, Ackerstr. 53.
- O.** Diskowski, Holzmarktstr. 44a. Henke, Blumenstr. 38. Koepnick, Schillingstr. 30a. Kemih, Gr. Frankfurterstr. 27. Tempel, Breslauerstr. 27. Zabel, Frankfurter Allee Nr. 90. Zipple, Marktstr. 14.
- SO.** Förster, Admiralsstr. 40a. Fiedner, Wienerstr. 50. Henschel, Adalbertstr. 4. Lange, Reichenbergerstr. Nr. 106a. Wiske, Stalitzerstr. 61. Zabel, Naunynstr. 80.
- S.** Fleischmann, Dresdenerstr. 80. Gröndel, Dresdenerstr. Nr. 116. Jaugl, Boehlstr. 12.
- NO.** Mertins, Landwehrstr. 11. Steuer, Weinstr. 22. Schulze, Am Ostbahnhof 7. Wagner, Neue Königsstr. 89. Weber, Landbergerstr. 41.

Bekanntmachung.
Wir geben hiermit bekannt, dass die Eintragung unserer Firma laut Verfügung des Kgl. Amtsgerichts I, Abtheilung 80/81 vom 24. Juni cr. unter gleichem Datum in das Genossenschafts-Register erfolgt ist. 98/1
Der Text der betr. Verfügung ist im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.
Berlin, den 27. Juni 1892.
Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend
(G. G. m. beschr. Haftpflicht).
Der Vorstand. Der Aufsichtsrath.

Achtung Köpenick!
Die zum Mittwoch, den 29. d. Mts., bei Wiedemann publicirte 422/18
Volksversammlung
findet Umstände halber nicht statt.
Der Vertrauensmann.

1832 L.
Sophabezüge!
Kette in Nipp, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, spottbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Fernrohr,
per Stück
3,20 Mark.
Mit 4 feinen Linsen u. 3 Anzügen.
Vergrößert
12 mal
unter
Garantie!
Stück, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.
Katalog mit naturgetreuen Abbildungen versenden gratis und franko
Kirberg & Co.,
Gräfrath-Central bei Solingen.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunynstr. 38, u. d. Oranienplatz

Zur Beachtung!
Den Genossen Berlins und Umgegend zur Kenntniss, dass ich triftiger Gründe halber mit Herrn Gustav Steinmetz, Oranienstr. 1, in Betreff des Singens u. s. w. meiner von mir verfassten zeitgemässen Satiren abtreibe und dieselben von jetzt an in Vereinen nur noch allein singe. Vor etwaigem Nachdruck derselben sei gleichzeitig gewarnt.
Berlin, den 26. Juni 1892.
H. Osang, Volksbühnen- und Verleger zeitgemässer Satiren, SO., Mariannenstraße Nr. 10.

Rechtsbureau des kgl.lichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L
Bruch, Gold-, Silber, Treffen, Pfandscheine, Schliff u. Gefüge lauft Bey, Buchstr. 40. 792b

Dankagung.
Für die vielen Beweise innigster Theilnahme bei der Beerdigung meines Bruders und Bräutigams Otto Bück, sagen wir allen Kollegen des Gyllon unsern herzlichsten Dank.
802b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank
allen Freunden, Kollegen und Mitarbeitern, sowie dem Gesangsverein Senefelder (M. d. H. S.) für Theilnahme und Kränzchen bei der Bestattung meiner guten Frau Marie. 803b
Friedr. Schulze.

Ehren-Erklärung. 798b
Die Beleidigung an meinem Schwager W. Ritsche widerrufe ich und erkläre ihn hiermit als Ehrenmann.
Frau Ritsche geb. Fröbel.
Ich erkläre Fräulein A. Bayer als ehrenhaft. 806b
J. Weiz.

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Albert Gerhardt im Lokal des Herrn Böttel, Borfigstr. 25, ausgesprochen habe, nehme hiermit zurück.
706b
Albert Rodrijed.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 533 L.
Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Wir offeriren eine große Auswahl fertiger Kleider zu billigen Preisen:
Fertiges Kleid aus sehr haltbarem Wolstoff, hübsch gearbeitet, 15, 20, 25 M.
Fertiges Kleid aus reinwollenen Stoffen in allen neuen Farben, glatt und mit Reize Nappou, sowie Beige elegant garn., 30, 35 u. 40 M.
Fertige Kleider aus Woll-Mouline, 20, 25 und 30 M.
Schwarze Kleider, 25, 30 und 35 M.
Morgentücher aus Wolle und Gänse, 6, 8, 10 M.
Stattungs-Morgentücher 3, 4 u. 5 M.
Sielmann & Rosenberg,
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße

Nur 1 Mark
kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei a. Reparaturen wird der Preis vorher gefordert. Lager aller Arten Uhren, Ketten, Ringe, Brillen nach ärztlicher Vorschrift.
Nur: Altb. Remontoir m. Bildniss Vebel's 20 M.
Otto Eleser,
Uhrmacher (Fachmann),
Naunynstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Pianino's 711b
gegen Kasse zu kaufen gesucht. Offerten u. N. L. 18, Postamt Wallnertheaterstr.
Arbeitsmarkt.
Ausbohrer und Fraiser verlangen Lohnd u. Co., 2629b
Ende Müllerstraße, Tegeler Chaussee.
Für d. Nachmittagsstunden wird ein Schulmädchen z. Beaufsichtigung d. Kinder gef. Kleeberg, 804b
Waldemarstr. 12, 4 Tr.
Hierzu eine Beilage.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag Bayerns. Sonntag, den 26. Juni, fand in Reichenhau bei Regensburg seit langer Zeit zum ersten Male wieder ein bayerischer Parteitag statt, der von 66 Delegierten aus 47 Orten besucht war, und auf welchen namentlich auch Landbesitzer ihre Vertreter geschickt hatten. Von den zwei Punkten, welche zu behandeln waren, nahm der erste das Hauptinteresse und damit auch die meiste Zeit in Anspruch. Er betraf die nächsten Landtagswahlen. Genosse Volkmar sprach über die Thätigkeit des jetzigen Landtages und hieb nach links und rechts, nach den Liberalen und Ultramontanen in einer sehr scharfen Weise ein. Er glaubt, daß trotz des reaktionären Wahlrechtes die Aussichten für uns sehr günstige sind, da die Bevölkerung den jetzigen Volksvertretern absolut keinen Kredit mehr schenke, und selbst von der uns prinzipiell entgegenstehenden Seite die bekannten Rechte in den Karpfenteich gewünscht würden. Der 1/2stündigen Rede Volkmar's folgte harter Emission zusammenfassend. Für die Agitation zum Landtage wurde den Delegierten ein Aktionsprogramm vorgelegt, welches nach eingehender Beratung und verschiedenen Änderungen einstimmig Annahme fand. Ueber die Punkte Agitation und Organisation referierten Dertel, Nürnberg und Schmid, München. Die Agitation soll jetzt namentlich mit Rücksicht auf die Landtagswahlen durch Schrift und Wort betrieben werden. Ebenso will man die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation eifrig pflegen, weil letztere als Vorstufe für die politische Reife angesehen werden könne. Nach lebhafter Debatte über diesen Punkt wurde der Parteitag geschlossen, welcher jedem Besucher ein interessantes Bild von dem Fortschreiten unserer Ideen in Bayern gegeben haben wird. Die gegenwärtige Presse war durch sechs Berichterstatter vertreten.

In Mainz wurde in einer Versammlung, wo Richard Fischer aus Berlin unter großem Beifall über das Thema „Anarchismus und Sozialismus“ referiert hatte, der Buchdruckerbesitzer Werner aus Berlin von der Polizei aus dem Saale gebracht. Als nämlich Werner das Wort erhielt, war es zwanzig Minuten vor Elf, dem Zeitpunkt, zu welchem in Mainz Friedenabend gemacht werden muß. Der Vorsteher J. B. erlaubte deshalb den Anwesenden der „unabhängigen“ Konfessionäre, sich im Rahmen der Tagesordnung zu halten. Werner erklärte jedoch, er spreche was ihm beliebt, da der Referent sich auch nicht an die Tagesordnung gehalten habe. J. B. entzog daher Werner das Wort und nun machten die Mainzer „Unabhängigen“ samt Werner einen solchen Lärm, daß die Polizei, anstatt wie sonst die Versammlung aufzulösen, Werner als Verursacher des Krachens an die frische Luft beförderte. Draußen ließ sie ihn laufen. Die Versammlung konnte nun in Ruhe beendet werden.

Zur Agitation. Mit 16. Juni hat die rheinische Agitationstour des Reichstags-Abgeordneten Mollenbaur ihr Ende erreicht. Derselbe begann, wie das Elberfelder Agitationskomitee bekannt macht, die Tour am 14. Mai in Effen und hat in gerade einem Monat 29 Versammlungen abgehalten. Davon entfielen auf Barmen, Bonn, Koblenz, Effen und Elberfeld je 2 Versammlungen; auf Aachen, Burscheid, Krefeld, Duisburg, Düsseldorf, Dönnberg, Ehrenfeld, Kalk, Köln, Kreuznach, Pennek, Rühlheim a. d. Rh., Ohligs, Remscheid, Ronndorf, Solingen, Schwelm, Wald und Wermelskirchen je 1 Versammlung. Groß war die Aufmerksamkeit, sagt das Agitationskomitee, jedoch schöner noch der Lohn, denn selbst in dem schwarzen Bonn, wo zweimal die Versammlung angelegt war und beide Male von den verhetzten Ultramontanen gesprengt wurde, ist der Erfolg für uns groß; während vor Kurzem noch dort von dem Sozialismus wie von einer exotischen Pflanze gesprochen wurde, steht er jetzt auf der Tagesordnung und beherzigt alle Geister. Mollenbaur hat über 7 verschiedene Gegenstände, überall den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragend, gesprochen.

Der Kaiser Magistrat hatte wegen der bekannten Erhöhung des Wahlzensus bei den Stadtverordneten beantragt, den noch auf Grund des früheren, niedrigeren Zensus gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten Brodhuhn aus dem Kollegium zu entlassen. Der Antrag wurde mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Dieser Beschluß, schreibt die freisinnige „Kiezer Ztg.“, ist infolgedessen von prinzipieller Bedeutung, als in dem Falle, daß er im Wege des Verwaltungsstreit-Verfahrens angefochten werden sollte, das Ober-Verwaltungsgericht darüber zu entscheiden haben würde, ob ein Lokalstatut — im Gegensatz zu einem Staatsgesetz — die rechtliche Kraft beanspruchen kann, durch die ihm anheimfallenden Änderungen in den Erfordernissen für den Erwerb des Bürgerrechts bereits erworbenes Bürgerrecht ohne das Zutreffen bisher gültiger Verlustgründe rückwärts zu vernehmen.

Das „Hamburger Echo“ meint dagegen: Das Ober-Verwaltungsgericht wird natürlich den Beschluß des Stadtverordneten-Kollegiums für ungültig erklären, Brodhuhn wird sein Mandat verlieren und die freisinnigen Stadtväter, welche durch ihren Beschluß betreffs des Bürgerrechts hierzu Veranlassung gegeben, werden sich dann zu ihrer Entschuldigung auf ihren nunmehrigen Beschluß berufen, der aber ohne jede praktische Bedeutung ist. Das ist die politische Moral der liberalen Bourgeoisie.

Sozialdemokratische Presse. Die jetzt dreimal wöchentlich erscheinende „Thüringer Tribüne“ wird vom 1. Juli ab täglich zum gleichen Preise herausgegeben. Dafür fällt der „Erfurter Beobachter“ fort, welcher dem Blatte bisher wöchentlich dreimal beigegeben wurde.

In Brunn erscheint am 1. Juli die erste Nummer der ezechischen Frauenzeitung „Zensky List“. Administration: Brunn, Josefstadt Nr. 24. Abonnementspreis jährlich 96 Kreuzer.

Todtenliste der Partei. In Elberfeld ist am 21. Juni der Parteigenosse Ferdinand Schumacher im Alter von 75 Jahren verstorben. Als Kasse in Rheinland seine Agitation entfaltete, war er einer der Ersten, die sich dieser Bewegung angeschlossen und er blieb Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bis zu dessen Auflösung. Seit Erlass des Sozialistengesetzes beteiligte sich der damals bereits im 61. Lebensjahre lebende Greis, der außerdem einen schweren Kampf um's tägliche Brot führen mußte, nicht mehr an der Bewegung; als es gefallen war, trat er dem sozialdemokratischen Volksverein bei.

Lokales.

Einem „ersten norddeutschen Antisemitentag“ hat gestern Berlin erlebt. Gegen 500 Teilnehmer sollen demselben beigewohnt haben. Dr. Bachler sprach über das Thema: „Der Antisemitismus, seine politischen und sozialen Aufgaben in Norddeutschland“. Er stellte folgende Leitsätze auf: 1. Die antisemitische Bewegung ist die folgerichtige Ergänzung des deutschen Einheitsgedankens. Nachdem dieser zum wesentlichen Theile in der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches seine Verwirklichung gefunden, und nachdem durch den Zusammenschluß der deutschen Stämme die Sicherstellung des Vaterlandes gegen äußere Feinde ermöglicht worden ist, mußte als die zweite Aufgabe die Reinigung unseres Volkthums im Innern auftreten. 2. Die Ausschließung der Semiten aus allen einflussreichen Stellen und Plätzen unseres staatlichen wirtschaftlichen und geistigen Lebens zu erzwingen, ist somit die Pflicht eines jeden Angehörigen des deutschen Volkes, gleichviel welchem Stamme, welcher Partei und welcher kirchlichen Gemeinschaft er angehört. 3. Der antisemitische Gedanke kann demnach nicht ausschließliches Eigenthum einer einzelnen politischen Partei sein, sondern er ist berufen, das gemeinsame Band zu bilden, welches sämtliche vaterländisch gesinnte Kreise und Parteien unseres Volkes zu umschließen vermag. Es sind demnach alle Einzelvereinigungen, welche den Kampf gegen das zersetzende und vaterlandslose Judenthum in offener Weise aufnehmen, mögen sie der konservativen, der christlich-sozialen oder deutsch-sozialen, der antisemitischen oder katholischen Volkspartei angehören, als gleichberechtigte Glieder innerhalb der antisemitischen Bewegung anzuerkennen.

Diese Sätze wurden einstimmig angenommen. Auch eine von Karl Paasch verfaßte Petition an den Bundesrath: ungerührt eine wortgetreue Uebersetzung des unter den Juden noch geltenden geheimen Sittengesetzes Schulchan Aruch zu veranlassen, um das deutsche Volk über die ihm vom Judenthum drohenden Gefahren aufzuklären, fand die einstimmige Genehmigung der illustren Versammlung.

Ein Ergebnistelegramm an den Kaiser, der aufgefordert wird, sich an die Spitze der Antisemiten zu stellen, wofür der Antisemitentag in jeder Gefahr für den Kaiser eintreten will, wurde gleichfalls einstimmig angenommen. Auf ein von Viktor Ahlwardt aus Moabit eingelaufenes Telegramm: „Dem ersten Norddeutschen Antisemitentage Gruß und Heil!“ wurde mit folgender Resolution geantwortet: „Der Norddeutsche Antisemitentag protestirt gegen die Verhaftung Ahlwardt's und spricht diesem für sein monnhaftes Verhalten Dank und Anerkennung aus. Der Norddeutsche Antisemitentag giebt ferner der Judenpresse seine vollste Verachtung zu erkennen und bekundet seine Genugthuung darüber, daß die jüdische Presse in diesem Falle wiederum in einer auch für das blödeste Auge erkennbaren Weise dargezogen hat, daß sie nur für den jüdischen Nutzen arbeitet und in vollster Strupflosigkeit die Partei der schlechtesten Sache zu nehmen bereit ist, sobald jüdische Interessen ins Spiel kommen. Endlich erklärt der Antisemitentag, daß die norddeutschen Antisemiten es auch ferner als ihre heilige Pflicht erachten werden, Volk und Behörden über den wahren Charakter der jüdischen Masse aufzuklären. Die norddeutschen Antisemiten werden mit Aufbietung aller ihrer Kräfte zu verhindern bestrebt sein, daß Recht und Gerechtigkeit im deutschen Lande ferner hebräischer Geldgott und Teufelsdämon gepflegt werden.“ — Nach einem Vortrage des Vorsitzenden Wille über Organisation und Agitation im Norden des Vaterlandes wurde folgender Antrag angenommen: „Zur Einleitung einer einheitlichen Agitation und Organisation beschließt der erste norddeutsche Antisemitentag in Berlin die Begründung eines antisemitischen Agitationsverbandes für Norddeutschland, der die Aufgabe hat, die Anhänger aller antisemitischen Gruppen für die gemeinsame Sache dienstbar zu machen durch Gründung von Vereinen und Abhaltung von Versammlungen. Dieser Verband wird aus 16 Personen gebildet. Ausführender Körper der Beschlässe ist der deutsche Antisemitentag in Berlin.“ Folgende Herren wurden in den Verband gewählt: Siebeler, Witte, Dr. Bachler, Dr. Paul Förster (der auch einen Gruß aus Halle gesandt hatte), Kreyer, Schweinhagen, Dr. Lehmann-Hannover, Raab-Hamburg, Heise, Michaelis, Dörfel, Rechtsanwalt Hertig, Dr. Krausel, Pohl und Weidlich. Auf Antrag Bachler wird noch die Erweiterung dieser Zahl auf 20 Herren beschloffen.

Retreffs der Ahlwardt-Kaution theilt Dr. Bachler mit, daß 20 000 M. bereits gesammelt sind.

Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß die Versammlung. Eugen Richter ist mit seiner Reklame für die „Freisinnige Zeitung“, die er durch den Prozeß Heintze zu heben gewacht, gründlich hineingefallen. Auf den Prozeß Heintze gründete er seine Hoffnung, da seine Ahlwardt-Heyn nicht mehr zogen, sein Polyzenswächter und Denunziantentum im Interesse der „Sittlichkeit“ ihn nur selbst noch lächerlicher und verächtlicher machten, und selbst die Verleumdungsmanier sich abmüht, jama, wenn die Verlogenheit des Verleumers durch seine Freigebigkeit noch übertroffen wird. Jetzt, da im Prozeß Heintze die Oessentlichkeit ausgeschloffen ist, kann in den Abendstunden durch die Straßen der Ausruferruf: „Eugen Richter! Freisinnige Zeitung! Prozeß Heintze!“ auch nicht ertönen.

Gemeinschaften. Zur Zeit bestehen in Berlin 195 Gemeindefchulen mit zusammen 3247 (einschl. 84 liegenden) Klassen. In den Gemeindefchulen waren eingeschult: am 1. Novbr. 1891 176 278 Kinder (86 877 Knaben, 89 401 Mädchen), am 1. Mai 1892 177 456 Kinder (87 521 Knaben, 89 935 Mädchen), daher am 1. Mai 1892 gegen 1. Novbr. 1891 mehr 1178 Kinder (644 Knaben, 534 Mädchen).

Das Regulativ für die Erhebung der Hundesteuer in dem Gemeindebezirk von Berlin ist im „Gemeinde-Blatt“ veröffentlicht. Die Steuer für jeden steuerpflichtigen Hund, die nunmehr jährlich 20 M. beträgt, wird in zwei halbjährlichen Terminen erhoben, und zwar für den Zeitraum vom 1. April bis 30. September und vom 1. Oktober bis 31. März in gleichmäßigen Raten von je 10 M. Fremde und Reisende, welche sich nur kurze Zeit und vorübergehend hier aufhalten und Hunde von außerhalb mitbringen, sind von der Steuer frei, wenn die Dauer des Aufenthaltes hier selbst die Zeit von vier Wochen nicht übersteigt. Schaffen sich dieselben aber während der Zeit ihres hiesigen Aufenthaltes Hunde an, so unterliegen sie gleich den Einwohnern den Bestimmungen dieses Regulativs. Die zum Servis-Empfange oder Naturalquartier berechtigten Militärpersonen haben die von ihnen gehaltenen Hunde bei der königlichen Kommandantur zu versichern.

Ueber die Längenverhältnisse der Berliner Straßen sind gelegentlich der bei der Kanalisation vorgenommenen Vermessungen folgende Ermittlungen bekannt geworden. Die Straße Unter den Linden mißt 1350 m, die Thiergartenstraße 1500, die Leipzigerstraße 1625, die Charlottenstraße 1680, die Garten- und Alderstraße je 1740, die Chausseestraße 1780, die Ritterstraße 1805, die Reichensbergerstraße 1915, die Wilhelmstraße und die Kaiserin-

Augusta-Allee je 2000, die Dranienstraße 2060, die Kurfürstenstraße und die Schwedterstraße je 2100, die Köpenickerstraße 2175, die Linienstraße 2250, die Brunnenstraße 2280, die Potsdamerstraße 2380, die Prenzlauer Allee 2615, die Greifswalderstraße 2665, Alt-Moabit 2775, die Invalidenstraße 2865 — eine Ausdehnung, die mit ihr die Berlinerstraße in Charlottenburg theilt — die Schönhauser Allee 2895 und endlich die Friedrichstraße 3060 m.

Die Genossenschaftsbäckerei für Berlin und Umgebung (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) ist zufolge amtsgerichtlicher Verfügung vom 24. Juni 1892 an demselben Tage ins Genossenschaftsregister eingetragen.

Aus der Landwehr. In der Zeit vom 10. bis 22. Juni war die 2. Landwehr-Kompagnie des 12. Infanterieregiments Prinz Karl in Frankfurt a. O. zu Übungen eingezogen. Am 21. Nachmittags war die Kompagnie zum Exerzieren besohlen; da der Hauptmann erkrankt war, kommandirte der Landwehrlieutenant von Kraft (hiesiger Kriminalkommissar) die Kompagnie. Da einige Kommandos (wie die Landwehrlieute behaupten, sollen die Kommandos nicht erakt gegeben sein) nicht erakt genug ausgeführt wurden, schrie er die Landwehrlieute, durchgängig Männer von über 30 Jahren, mit folgenden Worten an: „Ihr Salunken, Ihr Schufte, Ihr ehrlöses Gefindel, ich haue Euch mit dem Säbel über den Kopf, ich werde Euch schleifen, Ihr sollt mich kennen lernen!“ Dieses Benehmen bedarf wohl keines Kommentars. Beschwerde ist eingelegt. Wir werden sehen, welchen Erfolg hat. Uebrigens wird uns von den Landwehrlieuten versichert, daß die Behandlung seitens der aktiven Offiziere und Unteroffiziere sowie auch der drei anderen Landwehroffiziere im Allgemeinen zu Beschwerden keinen Anlaß gegeben habe.

Mit 15 000 M. verschwunden ist am Sonnabend der 24 Jahre alte Kassendote Karl Henschel des Steingeschäfts August Burg, Ziegelstr. 18/19. J. hatte den Auftrag, auf einen fälligen Wechsel die Summe bei der Reichsbank zu erheben. Da er bis Nachmittags 4 Uhr das Geld, das er schon um 12 Uhr abgehoben hatte, seiner Firma nicht überbrachte, wandte sich diese an die Kriminalpolizei, welche eine Haus-suchung in der Wohnung des Henschel in der Bergstraße vornahm. Dabei fand man 3800 M. hinter dem Sopha versteckt; die Frau des Henschel erklärte, eine Verwandte ihres Mannes, Anna St., habe ihr das Geld gebracht. Im Verhör verwickelten sich beide Frauen in solche Widersprüche, daß sie verhaftet wurden. Henschel ist noch nicht festgenommen; auf seine Verhaftung ist ein Preis von 200 M. ausgeschrieben.

Eisenbahnunfall. Sonntag Abend zwischen 11 und 12 Uhr wurde ein Sonderzug von Halensee nach dem Bahnhof Charlottenburg abgelassen. Am sogenannten Galgen von Charlottenburg mußte der Zug, da er noch keine Einfahrt hatte, halten. Fünf Minuten, nachdem dieser Zug aus Halensee abgegangen war, folgte ihm ein zweiter nach derselben Richtung. Als sich dieser dem ersteren ziemlich genähert hatte, sah der Lokomotivführer die roten Laternen des haltenden Zuges und bremste. Der Zusammenstoß war aber nicht mehr zu verhindern. Die Buffer des letzten Wagens des haltenden und die der Lokomotive des anfuhrnden Zuges wurden völlig zerdrückt, die Holzplände des letzten Wagens vom haltenden Zuge flogen wie Splitter davon. In diesem Wagen saß eine 22 Jahre alte Dame, welche Kontusionen an der Stirn und eine geringe Gehirnerschütterung davontrug; ferner ein 24jähriger Mann, dem das Nasenbein zerbrochen wurde, und welcher außerdem Kontusionen an der linken oberen Augenhöhle erlitt, ein Anderer erlitt Kontusionen der Wirbelsäule und des Kreuzbeins, ein Weiterer starke Quetschungen in der Gegend des linken Hochbogens mit starkem Blutverlust in den Augenlidern; zwei Personen wurden derart verletzt, daß sie mittelst des Eisenbahn-Krankenwagens nach Berlin gebracht werden mußten. Die Gäfte der beiden starkbesetzten Züge mußten zu Fuß nach Charlottenburg gehen, um von dort nach Berlin befördert zu werden. Nach Verlauf von einer Stunde war das Geleise für den Verkehr wieder frei. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Der Lokomotivführer des zweiten Zuges fiel in Ohnmacht, nachdem die Sache bereits vorüber war.

Die gerichtärztlichen Untersuchungen über den Gesundheitszustand des verhafteten Kommerzienraths Anton Wolff haben, wie verlautet, zu einer Haftentlassung desselben nicht geführt. Es scheint danach nicht die Ansicht vorzuherrschen, daß ein ferneres Verweilen in der Haft bis zu dem nach den Ferien zu erwartenden Hauptverhandlungs-Termin eine wesentliche Schädigung der Gesundheit des Verhafteten befürchten lasse.

Aus einem Fenster des vierten Stockwerks stürzte am Sonnabend Abend die dreijährige Tochter des Rutschers J. in der Grenzstr. 18 auf die Straße und blieb sofort todt.

Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai 1892 62 Familien mit 204 Personen, darunter 23 Säuglinge. Am 1. Juni war der Bestand 61 Familien mit 210 Personen, darunter 19 Säuglinge. Das Asyl für nächtliche Obdachlose daselbst benutzten im Laufe des Monats Mai 16 698 Personen, und zwar 15 694 Männer, 1104 Frauen. Von diesen Personen wurden 7 dem Krankenhaus Friedrichshain, 45 dem Krankenhaus Moabit, 2 der Charite überwiesen, 511 (495 Männer und 16 Frauen) der Polizei vorgeführt.

Polizeibericht. Am 25. d. M., Vormittags, fiel der Geiger Noack zwischen dem Lehrer und Bellevue-Bahnhof während der Fahrt von der Lokomotive eines Stadtbahnzuges und erlitt aufsehend schwere innere Verletzungen. — Abends verunglückte ein Gitterboden-Arbeiter auf dem Anhalter Bahnhof, indem er beim Ueberschreiten des Einfahrtsgeleises kurz vor der Einfahrt eines Personenzuges von der Lokomotive erfaßt und niedergedrückt wurde, sodas ihm die Kläder der Maschine über beide Unterschenkel gingen und diese schwer verletzt wurden. — Ein zweijähriges Mädchen stürzte Abends aus dem Fenster der im vierten Stock des Hauses Grenzstr. 18 belegenen elterlichen Wohnung auf die Straße hinab und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen. — Am 26. d. M., Morgens, gerieth ein Arbeitsbursche an der Gede der Michaelbrücke und der Holzmarktstraße beim Herabspringen aus einer in der Fahrt befindlichen Droschke unter die Räder und erlitt eine bedeutende Verletzung des Fußgelenks. — In der Spre, nahe dem Schlosse Bellevue, wurde die Leiche einer unbekannt, etwa 30-jährigen Frauenperson angeschwemmt. — Auf der Pferdebahn-Haltestelle am Viktoriapark fand Nachmittags zwischen einem Schaffner und einem Maurer eine Schlägerei statt, wobei letzterer durch einen Hieb mit einer Eisenstange am Kopfe so bedeutend verletzt wurde, daß er benutzlos nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. Ersterer trug nur eine leichtere Verletzung am Kopfe davon. — Abends warfen die Arbeiter Friedrich und August Freirath und Herman Boelke nahe der Treptower Brücke infolge eines Streites den Arbeiter Jacpel in den Fluthgraben. Er wurde jedoch von anderen Personen noch lebend aus dem Wasser gezogen und auf der Wache des 79. Polizeireviers ins Bewußtsein zurückgerufen. Im Laufe des Tages fanden drei kleinere Brände statt.

Zum zweiten Male begannen heute im großen Schwurgerichts-Saale zu Ronbit die Verhandlungen gegen das Ehepaar Heintze, welches unter der Anklage steht, in der Nacht zum 27. September 1887 den Nachtwächter Braun in den Parkanlagen der Elisabethkirche ermordet zu haben.

Die Angeklagten sind: 1) Der Töpfer Gottlieb Rud. Heintze, jetzt 28 Jahre alt, zu Driefen, Kreis Friedeberg i. M., geboren, vielfach vorbestraft wegen Diebstahls, Kuppelei, Unterschlagung, Fehlerlei, Hausfriedensbruchs u. Sein Strafregister weist im Ganzen 13 Verurtheilungen auf.

2. die Ehefrau desselben, Anna Johanna Sophie Dorothea Heintze, geb. Wilt, 44 Jahre alt, in Berlin geboren, gleichfalls vielfach vorbestraft und zwar 44 Mal wegen Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften und 17 Mal wegen Diebstahls, Unterschlagung, Kuppelei, Mänsvergehens, strafbaren Eigennutzes u., darunter zweimal mit je 2 Jahren Zuchthaus.

Die Angeklagten werden beschuldigt:

1. einen schweren Diebstahl verübt und 2. gemeinschaftlich mit einander und mit Anderen bei Unternehmung dieses Einbruchdiebstahls, um sich der Ergreifung auf frischer That zu entziehen, den Nachtwächter Braun vorsätzlich getödtet und die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, Verbrechen gegen §§ 242, 243a, 244, 248, 43, 214, 211, 47, 74 des Straf-Gesetzbuches.

Den Vorsitz im Schwurgerichtshofe führt wieder Landgerichts-Direktor Ried, die Anklage vertritt Staatsanwalt Unger unter Beistand des Staatsanwalts Fiedler, die Verteidigung führen: Rechtsanwalt Dr. Wallien, für den Angeklagten Heintze, Rechtsanwalt Dr. Gohmann für Frau Heintze.

Der Andrang des Publikums zum Sitzungssaale ist ein ganz gewaltiger, der Zuhörerraum bis auf den letzten Platz gefüllt.

Nur vor 10 Uhr werden die beiden Angeklagten, welche sich seit dem 20. Dezember 1890 in Untersuchungshaft befinden, in den Saal geleitet. Heintze sieht ziemlich unverändert aus; er trägt wieder den hellbraunen Rock und blickt trotz in den Zuschauertraum. Auch Frau Heintze sieht nicht gar so gebrechlich aus, wie das letzte Mal, doch werden ihr zwei braune Töpfe und eine Medizinflasche mit auf die Anklagebank gegeben und gleich nach dem Betreten des Gerichtssaales hat sie eine kurze Unterredung mit dem anwesenden Gerichtsarzt Geheimen Rath Lewin.

Nachdem der Präsident mitgetheilt, daß, nachdem Rechts-anwalt Dräger von der Verteidigung zurückgetreten, der Rechts-anwalt Dr. Wallien wieder zum Officialverteidiger des Angeklagten Heintze bestellt ist, werden die Geschworenen ausgelost. Die Geschworenenbank wird gebildet aus den Herren: Buchhändler Karl Malesch, Geometer Jean Weyer, Wittmeister a. D. Ernst v. Randow, Buchhändler Hermann Rode, Kaufmann August Läder, Kaufmann Wilhelm Ehart, Photograph Jakob Reichard, Seifenfabrikant Gustav Kunze, Molkereibesitzer Louis Blankenburg, Branereibesitzer Oscar Piesch, Fabrikant August Dinglinger, Kaufmann Paul Eccardt, als Ersatzgeschworene fungiren Rentier Wilhelm Döring und Fabrikbesitzer Dr. Martinz.

Als Sachverständige sind Medizinalrath Dr. Long, Geh. Rath Dr. Lewin und Privatdozent Dr. Siemerling zur Stelle.

Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt 61, von denen 57 zur Stelle sind. Für den heutigen ersten Tag werden nur diejenigen Zeugen zurückgehalten, deren Befragungen sich auf den objektiven Thatbestand beziehen. Der Zehiere dürfte im Allgemeinen noch bekannt sein. Der Nachtwächter Braun wurde am 27. September 1887 Morgens bald nach 6 Uhr in den vor der Elisabethkirche befindlichen Parkanlagen durch den Parkwächter Schulz an einem Baume hängend todt vorgefunden. Die beiden Angeklagten sollen am Mord beteiligt sein.

Vor Eintritt in die Verhandlungen richtet der Vorsitzende an die Geschworenen die dringende Bitte, aus ihrem Gedächtnisse Alles zu verweissen, was aus der früheren Verhandlung vielleicht haften geblieben sein sollte und nur das zu beachten, was sich jetzt vor ihren Augen und Ohren abspielt, damit sie vollständig unbefangen an die Beurtheilung der Sache herantreten können.

Bei dem Befragen nach ihren Personalien gaben beide Angeklagte ihre Vorstrafen zu. Auf die Frage des Präsidenten, ob sie sich bei ihren Aussagen vom Platze erheben könne, erwidert Frau Heintze: Ja, aber ich muß die ganze Sache erzählen. — Präsi.: Sie sind mit dem Angeklagten Heintze verheiratet? — Angekl.: Ja, leider. — Präsi.: Lassen Sie gefälligst alle Zusätze.

Sodann nimmt Staatsanwalt Unger das Wort: Ich beantrage den Ausschluß der Oeffentlichkeit für die Dauer der Verhandlungen. Der Prozeß ist erwachsen auf dem sumpfigen Boden der großstädtischen Prostitution, und die vorige Verhandlung hat eine solche Fülle von Unsitlichkeiten und Obscenitäten zu Tage gefördert, eine solche Menge von die Scham und das Sittlichkeitsgefühl verletzenden Momenten zu Tage gefördert, daß die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlungen auszuschließen ist, weil die Sittlichkeit sonst gefährdet werden würde. Ich habe sehr wohl erwogen, daß einzelne Theile den Ausschluß nicht so dringend erheischen wie andere, es ist aber nicht zu erweisen, an welchen Stellen immoralische Dinge hervorzuheben werden. Dies gilt namentlich auch bezüglich des objektiven Thatbestandes, bei welchem das Treiben der Prostitution und des Zuhälterthums am Orte der That in den Vordergrund der Erörterungen wird treten müssen.

H. A. Dr. Wallien: Ich beantrage, den Antrag des Staats-anwalts in diesem Umfange abzulehnen. Ich gebe ja zu, daß die obscensten Dinge hier zur Sprache kommen und die verworstenen Menschen hier auftreten werden. Aus der vorigen Verhandlung wird aber der Herr Präsident selbst wissen, an welchen Stellen sich ein Ausschluß der Oeffentlichkeit etwa empfiehlt. Die Angeklagten haben ein Interesse daran, ihre behauptete Unschuld vor aller Welt klar zu legen. Gerade der vorliegende Fall ist typisch und muß vor der Oeffentlichkeit verhandelt werden.

Rechtsanwalt Dr. Gohmann: Die Verteidigung der Frau Heintze verzichtet auf Erörterungen nach dieser Richtung.

Staatsanwalt Unger: Der erste Herr Verteidiger hat ganz Recht, daß hier ein typischer Fall vorliegt. Das Interesse der Oeffentlichkeit ist in der ersten Verhandlung vollständig befriedigt worden, denn in derselben ist das Wesen des Zuhälterthums und seine öffentliche Gefahr Jedermann vor Augen geführt worden. Insofern liegt also ein Interesse an einer öffentlichen Verhandlung nicht vor. Es läßt sich auch absolut nicht bestimmen, wann solche Punkte hervortreten werden, die gebietend den Ausschluß der Oeffentlichkeit verlangen und deshalb muß ich diesen Ausschluß für die ganze Dauer der Verhandlungen beantragen.

Rechtsanwalt Dr. Wallien: Ich beantrage dagegen, die Oeffentlichkeit nur theilweise auszuschließen.

Präsi.: Angeklagter Heintze, haben Sie selbst noch etwas hierzu zu sagen? — Heintze: Ich schließe mich meinem Verteidiger an. — Präsi.: Und Sie Frau Heintze, wollen Sie, daß hier vor allen Leuten verhandelt wird? — Frau Heintze: Ich verzichte.

Nach etwa viertelstündiger Berathung verkündete der Präsident folgendes: „Der Gerichtshof hat reichlich erwogen, was Seitens der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung gegen, bezw. für die theilweise Ausschließung der Oeffentlichkeit angeführt worden ist. Die Gründe, welche den Gerichtshof bewegen haben, die frühere Verhandlung bei offenen Thüren stattfinden zu lassen, sind heute nicht mehr vorhanden. Dagegen hat die vorige Verhandlung in überraschender Weise erwiesen, daß selbst

Zeugen, die nach Lage der Akten über völlig unersäugliche Gegenstände vernommen werden sollten, dabei Dinge berühren und Thatfachen bekunden müßten, welche die Sittlichkeit in hohem Grade gefährden müßten. Dasselbe kann sich in der jetzigen Verhandlung wiederholen. Selbst bei der Vernehmung der Angeklagten wird nicht vermieden werden können, das Treiben der Dinnen auf der Straße zu beleuchten. Der Gerichtshof hat deshalb beschlossen, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Die Tribüne und der Zuhörerraum sind zu räumen!“

Mit der Frage, ob das Verbot des Eisenbahn-Betriebsamtes, einen Wagen 2. Klasse mit brennender Zigarre zu betreten, rechtmäßig sei oder nicht, hatte sich gestern die sechste Versammlung der Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Der Fabrikant W. stieg an einem Septembertage des vorigen Jahres, eine brennende Zigarre in der Hand haltend, in ein Koupée zweiter Klasse am Schlesienschen Bahnhof ein. Wegen Verletzung der §§ 53 und 62 des Eisenbahn-Betriebsreglements wurde er deshalb in eine Geldstrafe von 6 Mark genommen. Er beantragte hiergegen richterliche Entscheidung und erzielte vom Schöffengericht auch ein freisprechendes Erkenntnis. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte in der gestrigen Verhandlung Aufhebung des ersten Urtheils und Befähigung der Polizeistraf. Das Verbot sei im allgemeinen Interesse erlassen und sei ebenso rechtmäßig, wie alle übrigen vom Eisenbahn-Betriebsamt erlassenen Bestimmungen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Stadthagen, sucht diese Behauptung an: Durch das Verbot werde die persönliche Freiheit in unzulässiger Weise beschränkt. Nur das Rauchen selbst sei verboten. Ueberdies wisse ein Fahrgast, der den Bahnsteig mit brennender Zigarre betrete, ja garnicht, wo er dieselbe lassen solle, denn auch das Wegwerfen der Zigarre auf den Bahnsteig sei ja verboten, weil es gefährlich sei. Die Berufungsinstanz hielt das Verbot indessen für rechtmäßig, hob das erste Urtheil auf und befähigte die Polizeistraf. Der Angeklagte will, um eine Entscheidung des höchsten preussischen Gerichtshofes über die Gültigkeit dieses Verbots zu erhalten, Revision einlegen. Die nur halb gerauchte Zigarre wird ihm in jedem Falle theuer zu stehen kommen.

Die Ermordung zweier Reisebegleiterinnen vor dem Schwurgericht.

Magdeburg, den 25. Juni 1892.

Dritter Tag der Verhandlung.

(Schluß.)

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung ist der Zuhörerraum Kopf an Kopf gefüllt, so daß die Atmosphäre im Saale eine fast unerträglich ist. — Der Präsident läßt den Angeklagten Erde vor den Richtertisch treten und bemerkt demselben, daß die Mappe auf beiden Seiten in einer Weise beschriebene ist, so daß man nicht erkennen kann, welcher Theil die Außenseite vorstellen soll. Erde bemerkt, daß er bald die eine, bald die andere Seite als Außenseite betrachtet habe. — Präsi.: Nun ist zu ersehen, daß auf der Mappe mehrfach über Reste von Klebstoff geschrieben worden ist. Wie erklären Sie das? — Erde: Ich habe die Karte, nachdem ich dieselbe schon einmal aufgeklebt hatte, wieder abgelöst. — Präsi.: Die Aufzeichnungen auf den verschiedenen Blättern der Karte sind sehr charakteristisch. Während einige Notizen mit festem scharfem Stift geschrieben worden sind, sind andere Notizen schon ziemlich verwischt, so daß den Anschein gewinnt, als ob die Notizen zu sehr verschiedenen Zeiten geschrieben seien. Da ist zunächst eine Heiraths-Annonce verzeichnet, welche lautet: „Ein anständiger, gebildeter, junger Mann sucht mit einer jungen, hübschen Dame in Briefwechsel zu treten behufs Heirath.“ Eine andere Notiz lautet: „Frau Keising hat bis heute ihr Barletta-Loos noch nicht bezahlt, obwohl heute über acht Tage Ziehung ist.“ Aus welchem Grunde schrieb Sie auf: „Obwohl heute über acht Tage Ziehung ist?“ — Erde: Weil das wahr ist. — Präsi.: Das brauchen Sie doch aber nicht aufzuschreiben. — Erde: Ich hielt das aber für nöthig. — Staatsanwalt: Frau Keising ist die Zeugin, die trotz aller Beweishungen der Hannoverischen Polizei nicht aufzufinden war. — Der Präsident hält dem Erde noch eine Reihe von Aufzeichnungen vor, die dieser am 10. August 1890 gemacht und noch das Wort „Wittwoch“ hinzugefügt hat. So u. A.: „Frau Eggerling wird 3 Mark bringen“ u. s. w. Ferner sieht auf der Mappe verzeichnet: „Meine liebe gute Dorothea! Ich will Dich in Deinem jetzigen Zustande nicht ärgern, ich muß Dir aber vorhalten, daß Du mit einem Mädchen und einem Manne im Walde gewesen bist und dort auch geschlafen hast. Deine Schwester ist auch mitgewesen. Als Du aufgewacht warst, war das Mädchen mit Deiner Schwester bereits verschwunden. Der Mann, der mit im Walde gewesen war, war Karl Behrens. Dieser hat Dir auch die Ehe versprochen, Du mußt Dich nun entscheiden, so oder so.“ — Präsi.: Wozu schreiben Sie das auf? — Erde: Das war der Entwurf eines Briefes. — Präsi.: Die Anrede: „Meine liebe gute Dorothea“ war doch zum mindesten dabei überflüssig? — Erde: Es war doch ein Entwurf, den ich mir abschreiben wollte. — Präsi.: Sie haben der Buntrock hier im Untersuchungsgefängnis einen Kaffiber zusteden wollen, der lautete: „Liebe Dorothea! Daß Dich beim Essen dieses Briefes nicht ertragen, achte genau auf Deine Zellentür. Warte, bis ich ausgeklagt habe, ich werde Deine Unschuld schon beweisen. Ich werde noch mehr Beweise bringen, daß Karl Behrens beide Mörder ausgeklagt hat.“ Sie haben bei dem Herrn Untersuchungsrichter zum ersten Male am 21. März d. J. etwas von dem Karl Behrens gesagt. Warum haben Sie diese Angabe nicht schon früher gemacht? — Erde: Ich habe dem Untersuchungsrichter schon früher von Behrens Mittheilung gemacht. Ich habe auch dem Herrn Untersuchungsrichter gleich von Anfang an gesagt, daß ein anderer Mann die Mord begangen haben müsse. — Präsi.: Es ist im Uebrigen ein Kaffiber bei Ihnen gefunden worden, in dem Sie an die Buntrock geschrieben: „Du bist mit Karl Behrens und einem jungen Mädchen nach Gschede gereist, um das Mädchen zu einer reichen Dame zu führen. In Gschede seid Ihr zunächst alle drei in eine Gastwirthschaft eingeleitet, habt dort Kaffee getrunken. Alsdann seid Ihr nach Lohse durch einen Waldweg gegangen und habt Euch dort schlafen gelegt. Karl Behrens hat von dem schlafenden Mädchen die Hosen weggeschält und alsdann das Mädchen ermordet. Genau so hat es Behrens auch im Neuhaldenslebener Walde gemacht.“ Auf der Mappe haben Sie geschrieben: „Liebe Dorothea! Nächstens laß die Mädchen allein zu den Damen fahren, der Karl Behrens kann sonst die Mädchen nach Holland oder die Türkei verkaufen und dann unfeiner noch in den Verdacht kommen, die Mädchen bei Seite geschickt zu haben.“ — Präsi.: Dieses Kaffiber haben Sie der Buntrock zusteden wollen, um dieselbe zu unterrichten über das, was Sie aussagen soll? — Erde: Allerdings, aber ich habe die Wahrheit geschrieben. — Präsi.: Die Buntrock hat Ihnen doch schon mehrfach ins Gesicht gesagt, daß Sie einen Karl Behrens niemals gekannt habe. — Erde: Die kann viel sagen, die ist aber hier nicht Zeugin. — Präsi.: Das ist richtig, es kommt aber darauf an, wenn mehr zu glauben ist, Ihnen oder der Buntrock.

Es wird alsdann der Untersuchungsrichter, Landgerichts-Rath Meinhardt, als Zeuge vernommen. Dieser bekundet: Er habe dem Angeklagten die Buntrock überlassen, da dieser sagte, daß er sich alsdann über die Orte, an denen er zur Zeit der Mord begangen, besser orientiren könne. Der Angeklagte habe zum ersten Male am 21. März d. J., nachdem die Kaffiber bei ihm gefunden wurden, von dem Karl Behrens etwas gesagt. Daß der Angeklagte gleich von Anfang an von einem anderen Manne gesprochen, der der Mörder sein müsse, bezeichne er (Untersuchungsrichter) als unwahr. Der Präsident hält alsdann dem Angeklagten einen Brief vor, den er an den Bankier Zimmermann nach Frank-

furt a. M. hat senden wollen. In diesem Briefe behauptet Erde seine Unschuld und bezeichnet einen gewissen Möller oder Meyer als muthmaßlichen Mörder. — Auf Befragen des Präsidenten: wie er nun auf einmal auf den Meyer oder Möller komme, bemerkt Erde, daß ihm erst später der Name Karl Behrens eingefallen sei; der Name Möller oder Meyer habe ihm vorgeschwebt, zumal er viele Messer kenne. (Allgemeine Heiterkeit.) Gefängnis-Inspektor Krefel bekundet, daß Erde bei Unternehmung des Gefängnisses jumeist Mehlsuppen, aus Gerstenmehl bereitet, erhalten habe. — Staatsanwalt: Ist der Boden-sack dieser Mehlsuppen als Kleister zu verwenden? — Zeuge: Jawohl.

Erbe: Ich stelle den Antrag, unterlassen zu lassen, ob die Karte mit Gerstenmehl aufgeklebt ist. — Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Leist, wird der Buchbinder Otto vernommen. Dieser bekundet: Die Karte sei ganz regelrecht aufgeklebt worden. Er könne nicht sagen, wann die Karte aufgeklebt worden, er gebe aber die Möglichkeit zu, daß die Karte mittelst Mehlsäckchen aufgeklebt worden sei.

Der Angeklagte beantragt alsdann eine Frau Schröder in Linden bei Hannover zu laden. Diese habe er am 23. Juli 1890 als Unteragentin für den Looservertrieb engagirt. Er sei bei dieser am 13. August 1890 gegen 10 Uhr Vormittags gewesen und habe ein längeres Gespräch mit der Frau geführt. — Kriminal-Kommissar Homrichhausen-Hannover bekundet, daß die Frau Schröder nicht aufzufinden sei. — Angekl. Erde: Ich hatte mich ursprünglich in der Angabe der Adresse geirrt. — Präsi.: Halten Sie auch noch den Antrag bezüglich der Vernehmung von Menzel und Bernalken aufrecht? — Erde: Jawohl. — Staatsanwalt: Ich beantrage, alle diese Anträge abzulehnen. Einmal sind die vorgeschlagenen Zeugen nicht aufzufinden und andererseits könnte das Zeugnis derselben die in der Verhandlung festgestellte Schuld des Angeklagten nicht erschüttern. Da es außerdem keinem Zweifel unterliegt, daß es dem Angeklagten bloß um den Verschleif der Sache zu thun ist, so ersuche ich, die Anträge abzulehnen.

Nach längerer Berathung des Gerichtshofes fragt der Präsident den Angeklagten: Erde! Ich frage jetzt zum letzten Male: Haben Sie noch weitere Anträge zu stellen? — Erde: Nein, weitere Anträge habe ich nicht zu stellen. Ich verlange bloß, daß noch die drei Zeugen vernommen werden.

Präsident: Dann theile ich mit, daß der Gerichtshof beschlossen hat, die Verhandlung bis Mittwoch Nachmittag zu vertagen und sofort den Aufenthalt der Schröder zu ermitteln, außerdem noch Herculesbad wegen des Menzel, nach Leipzig wegen des Bernalken und auch an den Bankier Zimmermann nach Frankfurt a. M., dem der Aufenthalt des Bernalken bekannt sein soll, zu telegraphiren. Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, wird die Verhandlung fortgesetzt werden.

Nachdem sich das Publikum zum Verlassen des Lokals anschickt, bemerkt der Staatsanwalt, daß im Zuhörerraum ein Herr mit dem Hute auf dem Kopfe sich befindet. Auf Anordnung des Präsidenten wird dieser Herr vorgeführt. Dehterer (ein hiesiger Zimmermeister) wird auf Antrag des Staatsanwalts „wegen Angehörigkeit vor Gericht“ zu 10 M. Geldstrafe, event. zu 2 Tagen Haft verurtheilt.

Mißhandlungen auf See. In Altona kam vor dem dortigen Landgericht ein Fall zur Verhandlung, der den Herren, die da saßen, daß unsere Abgeordneten bezüglich der Mißhandlungen auf See vor längerer Zeit im Reichstage übertrieben hätten, recht unangenehm sein dürfte. Angeklagt sind der Kapitän Heege Egberth Schoone aus Große-Fehn und der Steuermann Henry Konrad Heinrich de Buzh aus Firrel vom Schooner „Bernhard Johann“ wegen Körperverletzung mittelst gefährlicher Werkzeuge. Der Mißhandelte, ein Schiffsjunge, sagt folgendes aus: Er habe mit dem Schooner eine Reise nach Rio Grande mitgemacht. Während der ersten 6 Wochen hätte man ihn gut behandelt. Als er aber eines Nachts durch ein Versehen falsch gesteuert hätte, sei der Kapitän sofort auf ihn eingedrungen und hätte ihm die Nase breit geschlagen. Damit sei eine Zeit voller Unbilden für ihn hereingebrochen. Bei jedem kleinen Versehen hätte ihn der Kapitän in die Raumbüse geschleppt und ihn mit einem Feuerhaken, mit Lanzen, die mit Knoten versehen, und anderen Gegenständen mißhandelt und verletzt. Mehrfach hätte ihn der Kapitän auf den Boden geworfen und mit Füßen getreten. Wenn der Kapitän mit seinen Mißhandlungen aufgehört habe, so hätte der Steuermann sie fortgesetzt. Die Angaben des mißhandelten Schiffsjungen werden durch die Aussagen eines kommissarisch vernommenen Zeugen bestätigt. Derselbe hat aber noch hinzugefügt, daß er oft den Kapitän gewarnt habe. Dieser hätte dann aber geantwortet, er solle sich nur um seine Arbeiten kümmern, da er Alles, was er thue, auch verantworten werde. Der als Sachverständige geladene Arzt, Dr. Wisfinger aus Hamburg, sagt aus, daß die Nase des Schiffsjungen durch den Schlag, den er darauf vom Kapitän bekommen habe, ganz verkorpelt sei. Dadurch würde dem Jungen das Lustholen durch die Nase erschwert und weiter läge auch die Befürchtung nahe, daß sein Geisteszustand nachtheilig beeinflusst werde. Die beiden Angeklagten stellen die Sache so dar, als wenn sie das ihnen zustehende Juchtingerecht nicht überschritten hätten. Der Staatsanwalt hält beide Angeklagte für schuldig und beantragt gegen den Kapitän 6 Monate und gegen den Steuermann 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erklärt, daß wenn auch verschiedene Punkte durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt wären, es doch unzweifelhaft feststehe, daß sich der Kapitän der qualifizirten, der Steuermann aber der einfachen Körperverletzung schuldig gemacht habe. Ersterer sei mit 4 Monaten Gefängnis und Dehterer mit 400 M. Geldstrafe, event. 40 Tagen Gefängnis zu bestrafen.

Soziale Ueberlicht.

Bezüglich des Hausdamer Grubenunglücks konstatirt die „Münchener Post“, daß in dem betreffenden Schachte schon dreimal Arbeiter erdrückt wurden, und stellt dann an die zuständigen Behörden die Frage: „Ist nicht infolge dieser Unglücksfälle in Hausdamer eine Kommission gewesen, welche den Schacht inspizirt und bestimmt hat, daß in Zukunft in demselben nicht mehr gearbeitet werden dürfe?“ — Die „Münchener Post“ will vor Allem diese Frage strikte, unzweideutig beantwortet wissen. In Hausdamer selbst sieht bei den Arbeitern die bejahende Antwort dieser Frage fest.

Für den Reichstagsentag erklärte sich, wie wir in rheinisch-westfälischen Parteiblättern lesen, in Köln ein Staats-anwalt. Derselbe äußerte in einer langen Sitzung des Schöffengerichts, er sei nach achtstündiger Arbeit zu abgepaunt, um den Verhandlungen noch folgen zu können. Das wird zugestanden haben. Aber einer weit größeren Abspannung ihrer Kräfte unterliegen die Millionen des arbeitenden Volkes nach einer Arbeitszeit, welche die achtstündige Arbeitszeit jenes Staatsanwalts durchschnittlich um die Hälfte und in vielen Fällen noch um mehr übersteigt. Wenn sie ermattet sind, verlagert der Unternehmer nicht die Verhandlung; sie müssen fortarbeiten, sonst fliegen sie auf's Pflaster, und wenn sie bei der Lösung eines unerträglichsten Arbeitsverhältnisses nicht ganz subtil nach dem Gesetz verfahren, so klagt sie schließlich noch derselbe Staatsanwalt an, der nach achtstündiger Arbeitszeit — auch streifte.

Ueberall dasselbe. Aus Zwickau berichtet die „Schw. Arb.-Ztg.“: „Die Kohlenbarone drängen zur Arbeitseinstellung. Die Bergleute des Zwickauer Bezirkes klagen darüber, daß man auf sie einen Druck ausübe, um „nach und nach fast

überall die zwölfstündige Schicht wieder einzuführen". Bei den Gruben sei die Parole: "Entweder macht ihr Zehntel oder ihr lehrt ab". Damit wäre die beste Errungenschaft des Streits von 1899 tatsächlich wieder beseitigt.

Die Gewerkschaftskommission zu Barmen hat im Januar bei den Stadtverwaltungen Elberfeld-Barmen Petitionen eingereicht, in welchen Aushebung bzw. Umänderung des Submissionswesens gefordert wird. Wie die "Westf. Fr. Presse" in ihrer Nummer vom 24. Juni mitteilt, hat die Gewerkschaftskommission bis jetzt noch nicht einmal eine Antwort erhalten!

Der Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands hatte im ersten Quartal 2480 Mitglieder. Die Gesamtsumme betrug 8823,00 M., die Gesamtaufgabe 1199,64 M., so daß ein Kassendefizit von 2623,96 M. verblieb (gegen 2359,63 M. bei Beginn des Quartals). Unter den Ausgaben befinden sich 97,87 M. Reise- und 111,50 M. sonstige Unterstüßung.

Arbeiterbewegung in Oesterreich. Die Fabrikarbeiter der Ersten Grazer Aktienbrauerei Puntigam in Graz stehen in einer Lohnbewegung und versuchen um Fernhaltung des Junges. — Der Streik der Glasperlen-Arbeiter im Fergengebirge ist in der Hauptsache beendet, und zwar ist derselbe mit Ausnahme der Löhne für einzelne Minimalartikel festgesetzt worden; 2100 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen die Arbeit wieder auf, 600-700 streiken weiter. Am Streik beteiligten sich insgesamt 2800 Verlenarbeiter, außerdem 400 Fertigmacher, da keine Verluste erzeugt wurden und sie in Folge dessen auch keine fertigen machen konnten. Es war dies — schreibt die Wiener "Arbeiter-Zeitung" — der erste Streik hausindustrieller Arbeiter (Oesterreichs), der mit geradezu heroischer Begeisterung und Konsequenz durchgeführt wurde. Diejenigen, welche noch ein Stückchen Feld ihr Eigen nennen und sich infolge dessen selbst Kartoffeln angebaut hatten, haben ohne Zögern das Wenige mit denen geteilt, welche in des Wortes vollster Bedeutung von der Hand in den Mund leben. Ferner giebt es viele Familien, von welchen das Unterstützungskomitee überzeugt ist, daß sie nichts, rein gar nichts besitzen, aber trotz Juredens des Streikkomitees werden die Unterstützungen konsequent abgefragt mit der Motivierung: "Ich war's schon noch 14 Tage oder 3 Wochen zu aushalten." — In Floric bei Nachod dauert der Streik der Weber von Frölich u. Ventler fort. Die Firma zahlt 25 pCt. weniger, als selbst die Nachoder Spottlöhne ausmachen. Es streiken 88, meist verheiratete Arbeiter. — In der Zugschütten-Aktiengesellschaft (Fabrik) zu Friedrichsdorf (Mähren) stellten am 6. Juni 100 Arbeiter wegen Nichtauszahlung der Arbeitslöhne die Arbeit ein. Die meisten dieser Arbeiter sind Familienväter.

Der internationale Glasarbeiter-Kongress wird am 5. Juli, Morgens 10 Uhr, in The Social Democratic Hall N. 837 Strand, London W.C., eröffnet. An demselben beteiligen sich auch die organisierten Glasarbeiter Deutschlands. Auf einem Mikroskopisch scheint es zu beruhen, daß zum 14. Juli die französischen Glasarbeiter ebenfalls einen internationalen Kongress einberufen. Das wäre das Gute doch etwas zu viel.

Versammlungen.

Die Maurer, welche der Zentralisation anhängen, hielten am Sonntag eine von etwa 100 Personen besuchte Versammlung ab, um ihr Verhalten zur jetzigen Lohnbewegung festzustellen. Herr Schigolski berichtete zunächst über das bisherige Resultat der Bewegung, welches er als ein nicht besonders gutes bezeichnete. Im Zeitraum von drei Wochen waren zwölf Sperren verhängt worden, von denen nur fünf erfolgreich gewesen seien. Er, Redner, halte die Zeit dieser Bewegung für eine von ihren Jansenisten, den "Lokalisten", schlecht gewählte, da die herrschende große Arbeitslosigkeit den gesperrten Meistern bald Ersatz zuführe. Der Redner beschwerte sich dann darüber, daß nicht von vornherein die Vertreter der zentralistisch gesonnenen Maurer Berlins zu den vorbereitenden Verhandlungen von den Herren aus der lokalistisch gesonnenen Maurerschaft herangezogen wurden. Nun habe man ihn ja am letzten Sonntag als Vertreter der Zentralisten in das Bureau gewählt, sich aber seiner schon wieder am darauffolgenden Donnerstag entledigt. Die seiner Richtung in Sachen der Organisationsform zugethanen Maurer hätten nun notwendigerweise eine gesonderte Stellung in der Bewegung einnehmen. Nicht, daß dieser Hindernisse bereitet werden sollten! Jetzt, da sie einmal vorhanden, sei die Beteiligung der zentralistischen Maurer selbstverständlich. Nur an den von jener Seite vorgenommenen Sammlungen könne man sich nicht mehr beteiligen. Man müsse für den Fonds der Maurer Deutschlands sammeln und mit dem Gelde der Zentralisten den Anhängern der Zentralisation Unterstützung angedeihen lassen, wo sie solcher durch Beschäftigung ihres Solidaritätsgefühls bedürftig werden. Natürlich dürfe Niemand aus den Kreisen der Indifferenten von der Zeichnung auf den Bisten für den Generalfonds der Berliner Maurer abgehalten werden. An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren Förster, Kerstan, Manowski, Müller, Silbermann, Petrie, Klingenberg, Dobjahn, Maczejewski, Gröppler, Grothmann und Gröschke. Mit Ausnahme des Herrn Grothmann pflichteten alle Redner dem Referenten bei. Herr Kerstan verlas aus dem "Bauhändler" einen Bericht, in dem die Zentralisten spöttisch behandelt werden und meinte, daraus sei zu ersehen, wie ernst es Herr G. Kehler gemeint habe, als er sagte: "Während der Bewegung muß die Streitart begraben sein". Dieses die Kollegen der nicht Kehler'schen Richtung beschimpfende Blatt werde aus dem Berliner Generalfonds unterstützt und sei es diesen Kollegen schon deshalb nicht zu verargen, wenn sie nichts für denselben geben wollten. Alle Redner traten für die Stärkung der Organisation ein und waren der Meinung, daß die Zeit der augenblicklichen Lohnbewegung besser zu einer großen Agitation für die Organisation verwandt werden wäre. Herr Grothmann hielt es für verfehlt, daß man im Verlauf der Debatte eine ausgedehnte Personenkritik geübt. Die Versammelten hätten lieber in die große Versammlung in der Brauerei Friedrichshain gehen sollen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der zentralistisch gesonnenen Maurer Berlins beschließt, in die ohne die Zustimmung dieser Kollegenkreise vorgenommene Lohnbewegung einzutreten und Sammlungen dafür selbstständig vorzunehmen. Die durch die Bewegung in Mitleidenschaft gezogenen Verbandsmittel werden vom Verband, diejenigen zentralistisch gesonnenen Kollegen, welche nachweisen, daß sie zum Fonds der deutschen Maurer beigetragen haben, vom Vertrauensmann unterstützt. Dagegen beschließt die Versammlung, daß kein Verbandsmittel zum Generalfonds der Berliner Maurer beizutragen hat, daß auch kein nicht organisierter Kollege verbunden werden darf, dafür beizutragen. Als Ergänzung hierzu wurde noch folgender Antrag angenommen: "Zur Führung der Kontrolle der an der Sperre beteiligten Zentralisten beschließt die Versammlung: Jeder Einzelne hat sich täglich von früh 8 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr im Lokal Grube, Mariendorferstr. 10, zu melden. Sonabend, von 8 bis 10 Uhr, wird vom Kassier die Unterstützung ausgezahlt."

Hierauf wurden noch die Herren Gröschke, Petrie, Dossin, Arndt und Nischke beauftragt, den gegen Grösch-

mann im Laufe der Diskussion erhobenen Vorwurf, er habe Kollegen geschädigt, auf seine Richtigkeit oder Unrichtigkeit hin zu prüfen.

Eine öffentliche Maurerversammlung, welche am 26. Juni in der Lips'schen Brauerei tagte und sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit dem Stande der Lohnbewegung. Herr Blauwald berichtete darüber und theilte mit, daß ein Drittel sämtlicher Unternehmer dem Stundenlohn von 55 Pf. bewilligt haben. Nur aus dem Bau Eberswalderstr. 13, bei dem Baumeister Berndt ist die Sperre aufrecht erhalten, dort feiern 26 Mann. Zwei Gesellen hat derselbe 60 Pf. geboten, wenn sie die Arbeit aufnehmen, dieselben haben sich aber geweigert. Es arbeiten dort nun bloß die 14 Burschen. Der Aufforderung des Referenten, noch energischer als bisher in die Lohnbewegung einzutreten, stimmten auch sämtliche Redner in der Diskussion bei, an der die Herren Büchtemann, Feder, Wittich, Wille, Jeyorke, Gausch und Maurer Dietrich Theil nahmen. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung verpflichtet sich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Durchführung der bisher in Bezug auf die Lohnbewegung gefassten Beschlüsse einzutreten und nicht eher zu ruhen, bis auf allen Bauten mindestens ein Stundenlohn von 55 Pf. bezahlet wird. Ferner verpflichtete sich alle Kollegen, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend als Mitglieder beizutreten, auf den "Bauhändler" zu abonnieren und für die weitestgehende Verbreitung desselben Sorge zu tragen.

Ueber die am 23. Juni stattgehabte Versammlung der Maurer beider organisatorischer Richtungen, über welche an dieser Stelle noch nicht berichtet ist, ist folgendes mitzuteilen. Herr Heine hatte darauf verwiesen, daß die in dem Zentralverbande befindlichen Maurer schon an die Kasse ihres Verbandes Beiträge zu zahlen hätten, man müsse denselben entgegenkommen und ihnen zu Liebe den früheren Beschluß, wonach jeder arbeitende Maurer wöchentlich 50 Pf. zum Generalfonds für die Lohnbewegung zahlen soll, abändern; die Zentralisten könnten so viel nicht zahlen. Die Versammlung lehnte diesen Antrag ab und beschloß dann auch, daß in dem Bureau, welches die Lohnbewegung leitet, nur zwei Personen sitzen sollen. Herr Kerstan erklärte auf diesen Beschluß hin, daß die Zentralisten mit den übrigen Maurern dann nicht zusammengehen könnten. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

1. Die heutige Versammlung beschließt, die in den vorausgegangenen Versammlungen behufs Bekämpfung der schlimmsten Lohnrückstände gefassten Beschlüsse aufrecht zu erhalten und mit ganzer Kraft für Verwirklichung derselben einzutreten.

Ferner macht es die Versammlung allen Kollegen, welche mit Zustimmung des leitenden Bureaus die Sperre über diesen oder jenen Bau verhängen, zur Pflicht, energisch für die streikende Durchführung der Sperre einzutreten.

Dagegen ist das Bureau verpflichtet, die betreffenden Kollegen, welche sich den Anordnungen des Bureaus zum Zwecke der Kontrolle unterordnen, entsprechend zu entschädigen.

2. Die heutige Versammlung beschließt, daß alle Kollegen, welche die Sperre zu verhängen beabsichtigen, sich bevor, ehe dieselbe geschieht, mit dem Bureau zur Leitung der Lohnbewegung zu verständigen haben und kann die Sperre nur mit Zustimmung des Bureaus erfolgen.

Alle Kollegen, welche die Anordnungen des Bureaus befolgen, sind während der Sperre bis zu 4 Mark pro Tag zu unterstützen.

Eine gutbesuchte Versammlung, in welcher Genosse Theodor Rehner einen Vortrag über Entstehung und Wirksamkeit der Sozialdemokratie hielt, tagte neulich in Brih. Redner entledigte sich seiner Aufgabe vor vollstem Zufriedenheit der Versammlung, was der reiche Beifall bewies, welcher ihm gezollt wurde. Vom Genossen Reusel wurde dann Namens des Gemeindefonds-Komitees Bericht erstattet. Nachdem alle Unkosten gedeckt waren, blieb noch ein Ueberschuß von 39,20 M., welcher laut Beschluß dem Vertrauensmann überwiefen ist. Als Revisor wählte man Barkent, Ebel und Groß. Kämling erklärte, daß von Seiten des Wahlkomitees Protest gegen die Hauptwahl eingelegt sei, derselbe auch als begründet erachtet worden wäre, aber sonderbarer Weise nicht betrefte der Hauptwahl, sondern hinsichtlich der Stichwahl, trotzdem bei Abgang des Schreibens die Stichwahl noch gar nicht stattgefunden hatte, mithin in jenem Schreiben auch nicht Verurteilung gegen die Stichwahl hätte eingelegt werden können. Kämling bat um regste Beteiligung an der in nächster Zeit wahrscheinlich stattfindenden Ergänzungswahl des Gemeindevorstandes. Zum Bericht des für den 1. Mai und dessen Nachfeier gewählten Komitees führte Genosse Böwen an, daß das Fest vom 1. Mai durch die Einnahmen der Nachfeier gedeckt und bis jetzt ein Ueberschuß von 58 M. zu verzeichnen ist; der Abschluß sei jedoch kein definitiver, weil noch sehr viele Wünsche ausständen. Er bat deshalb dringend dieselben in kürzester Zeit abzuleiern. Als Revisoren wurden in dieser Angelegenheit gewählt Kämling, Pröfke, Köhler, Schönfisch, Steiner. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Der Verein der Militärschneider beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung am 18. Juni mit der Abrechnung vom Stiftungsfest und dem Vierteljahresbericht. Letzterer ergab: Einnahme 144,24 M., Ausgabe 56,05 M., Kassendefizit 88,19 M. Die Einnahme am Stiftungsfest betrug 288,50 M., die Ausgabe 184,75 M., bleibt ein Ueberschuß von 103,75 M. Die Rechnungsleger wurden entlastet. Der Agitationskommission bewilligte man 25 M. Demnächst findet eine öffentliche Versammlung mit Frauen statt. Die Kollegen sind gebeten, recht rege für deren guten Besuch zu agitieren.

Der Fachverein der Tapezierer Berlins hielt am 20. Juni er. eine Versammlung ab. Zunächst erklärte Kollege Feder, daß er in der letzten Versammlung etwas voreilig gewesen sei, als er seinen Austritt erklärte, er werde dem Fachverein angehören, so lange er bestehe. Sodann ersuchte der Vorsitzende, Kollege Friedmeier, die Kollegen, eifrig zu agitieren, um die indifferenten Kollegen dahin aufzuklären, daß sie nur durch die Organisation ihre Lage verbessern können. Redner erklärte sich mit dem Reichstags-Abgeordneten Schippel vollständig einverstanden, welcher in einer kombinirten Gewerkschaftsversammlung äußerte, daß im Reichstag nichts durchgehe, was nicht schon in einzelnen Gewerben erreicht sei. Des weitern führte Redner aus, es sei ein großer Fehler in vielen Werkstätten, daß 9 Stunden gearbeitet und 10 Stunden gerechnet würden; so komme es, daß bei einem Tagelohn von 4,50 M. anstatt 9 Stunden à 50 Pf., 10 Stunden à 45 Pf. gerechnet werde. Würden nun Ueberstunden gemacht, so bekomme der Gehilfe pro Ueberstunde weniger, also nur 45 Pf., während er tagsüber 50 Pf. pro Stunde verdient. Ferner seien die Arbeitsräume in sanitärer Hinsicht viel zu wünschen übrig; die Werkstatt gleiche oft mehr einem Stalle, als einem Arbeitsraume. Es würde überhaupt sehr oft gegen die sanitätspolizeilichen Vorschriften verstoßen und man könne in dieser Richtung auf die Prinzipale ganz gut einen Druck ausüben. Kol. Feder führte aus, daß es nun endlich an der Zeit sei zu agitieren, denn über der Organisationsfrage habe man der Agitation vorgezogen; die große Mitgliederzahl allein thue es jedoch nicht. Zum Beispiel zähle der Verein der Maurer ungefähr 500 Mitglieder; als dieselben jedoch in der Lohnbewegung eintreten, wären die Versammlungen von Tausenden besucht gewesen und die Maurer hätten auch tatsächlich Erfolge erzielt. Die Interessengemeinschaft sei also der springende Punkt, der die Massen zusammenführe; wenn die Agitation nur richtig angefaßt werde, so sänden sich auch die Kollegen zusammen, um gemeinsam gegen das Kapital zu kämpfen. Zu dem am 16. Juli in der Brauerei Friedrichshain stattfindenden Sommerfest wurde ein Vergnügungskomitee von 14 Personen

gewählt. Kollege Dahler fragte dann an, wie es sich mit der Arbeitsordnung beim Hoflieferanten Ferd. Voigtis verhält; nach derselben solle die Arbeitszeit dort von 6-6 Uhr währen. Diese Frage wurde dahin beantwortet, daß sich die Kollegen dort einfach nicht daran beunruhigen, sondern nach wie vor von 7-6 Uhr arbeiteten. Kollege Kirchner gab sodann einige Aufklärungen über die Alters- und Invalidenversicherung. In Bezug auf eine dem Freigestellten entnommene Frage des Inhalts: Wie stellt sich der Verein zur Errichtung des Arbeitsnachweises des allgemeinen deutschen Tapeziervereins? rügte der Vorsitzende, daß sich organisierte Arbeiter gegenseitig Konkurrenz machen. Die Arbeitsnachweis-Kommission soll versuchen, eine Einigung zu erzielen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe hörte in seiner letzten Versammlung vom 17. d. M. ein Referat des Kollegen Heine über "Die Polizeiverordnungen bezüglich der Spülapparate". Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, an welcher sich die Kollegen Kleinert, Klein, Hermschmidt, Lorenz und andere beteiligten. Alle Redner sprachen sich in scharfer Weise gegen die Verordnung aus, die in einseitiger Weise gerade des Schankgewerbes treffe und dazu angethan sei, viele gerade der kleineren Wirthe einfach zu ruinieren. In der Versammlung wurden folgende Mitglieder aufgenommen: Gustav Müller, Mariannenstr. 46. Friedrich Diehle, Schweberstr. 83. Gustav Dames, Obingerstraße 17. Julius Winderlich, Schönhauser Allee 158. Ernst Siegemund, Eisenbahnstr. 20. Rudolf Jacob, Böckstr. 5. Hermann Günther, Rosalindstr. 8. Johann Nawrot, Mariusstraße 25. Friedrich Rehle, Mariusgraben, Sieber'sches Haus. Hermann Finger, Reichenbergerstr. 105. Rudolf Günther, Kotluser Dam 23. Friedrich Reumann, Elisabethstr. 16. Richard Bach, Straußbergerstr. 34. Karl Lädle, Joffenerstr. 10. Albert Pieper, Katerstr. 77. Gottfried Löwert, Grimmsstr. 8. Robert Urath, Köpenickerstr. 31. Otto Siegler, Holzstr. 43 (Schöneberg). Karl Schulze, Schauffstr. 2 b. Albert Striglowitz, Kastanien-Allee 35. Karl Lichter, Fruchtstraße 70. Die Kollegen Herrn Bollmer, Prinzenstraße 98, Ferdinand Weber, Kastanien-Allee 52, und August Wendt, Claudiusstr. 19, konnten, da sie nicht anwesend waren, nicht aufgenommen werden.

Kollege Schmalowski erstattete hierauf Bericht über das Stiftungsfest. Für Billets sind vereinbart worden: 78,50 M., Extra-Einnahme 5 M., zusammen 83,50 M. Die Ausgaben betrugen 82,50 M., so daß vorläufig noch 1 M. Ueberschuß vorhanden. Da aber noch die Annoncen zu zahlen seien, so werden wohl einige Mark Defizit entstehen. Dem Antrag Holzbecher, den streikenden Meistern in Rixdorf 100 M. zu bewilligen, wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Kollege Holzbecher fragte an, warum die Berichte nicht mehr im "Vorwärts" veröffentlicht werden. Kollege Jizmer machte geltend, daß die Berichte jetzt im "Gastwirths-Gehilfen" veröffentlicht werden, wenn es aber für nöthig erachtet würde, so können ja auch in Zukunft wieder die Berichte im "Vorwärts" bekannt gegeben werden. Kollege Kleinert fragte an, wie es komme, daß die Kellner in den Germania-Sälen, einem gesperrten Lokale, ihre Versammlungen abhalten. Der anwesende Redakteur des "Gastwirths-Gehilfen" beantwortete die Frage dahin, daß die Einberufer der Versammlung nicht der Verein der Gastwirths-Gehilfen war, sondern 6 bis 8 Vereine angehörten, die auf reaktionärem Standpunkt stehen. Mit diesem erklärt sich Kollege Kleinert zufriedengehend.

Musikinstrumenten-Arbeiter. In der Generalversammlung des Fachvereins wurde am 18. Juni folgende Ergänzungswahl des Vorstandes und der Kommissionen vollzogen. Vorstand: 1. Kassier Heinrich; 2. Vorsitzender Riendorf; Bibliothekar Witte; 2. Schriftführer Stamm; Beisitzer Drabnick; Revisor Noack. Nachschuß-Kommission: Paul, Rih und Maurer (wieder gewählt). Ueber einen Antrag, die Verwaltung des Arbeitsnachweises nur durch 7 Mitglieder besorgen zu lassen, wogegen Kollege Strehl sprach, indem er es für gut erachtete, daß 2 Kollegen jeden Abend den Arbeitsnachweis führen, wurde nach längerer Debatte zur Tagesordnung übergegangen und dann die Arbeitsvermittlungskommission aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: Wollner, Sambrecht, Stod, Breuer, Keufel, Hoppe, Wagner, Seibt, Baack, Reumann und Wicker. Die hierauf verlesene Abrechnung vom Weihnachtstfest ergab: 208 M. Einnahme, 199,80 M. Ausgabe, mithin einen Ueberschuß von 68,20 M. Kollege Feiffer's Antrag: Die Decharge-Ertheilung ein für alle mal fortfallen zu lassen, da dieselbe nur eine Form sei und der Verein gut thue, alle derartige Formen zu meiden, wurde nach längerer Debatte mit 24 gegen 22 Stimmen angenommen und danach beschlossen, die Wahl der Werkstattdirektoren bis zu dem am 2. Juli stattfindenden Versammlung zu vertagen. Ein Antrag des Kollegen Seibt, den Referenten nicht mehr das Schlusswort zu gestatten, sondern ihnen in der Diskussion das Wort zu ertheilen, wurde auf Vorschlag des Kollegen Riendorf bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß ersuchte Kollege Lutz die Kollegen, welche mit dem Billets vom Maschinenbau noch im Rückstande sind, die bezüglichen Reste baldigst zu begleichen.

Hohen-Schönhausen. Am 18. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Zahnarzt K o b. W o l f aus Berlin unter reichem Beifall über das Thema: "Die moderne Arbeiterbewegung und der Staat" sprach. Nach der Diskussion, die sich im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heutige öffentliche Versammlung für Männer und Frauen von Hohen-Schönhausen, Wilhelmshagen und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Wolf einverstanden und erkennt an, daß dem Kleinhandwerk mit Palliativmitteln nicht zu helfen ist, sondern erwartet eine Besserung der Verhältnisse nur von der Sozialisirung der Gesellschaft.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Wir erhalten folgende Anschrift:

In der Beilage des "Vorwärts" Nr. 144 steht unter Versammlungen ein Artikel über den Fachverein der Klempner, welcher uns zu einer Erklärung herausfordert. Wir erklären, daß wir niemals den sozialen Boden verlassen haben, am allerwenigsten uns für die sogenannten Unabhängigen erklärt hätten; ferner muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Bericht, den ich damals einfaute, nicht angenommen worden ist. Ich habe es vorher gewünscht, und sah mit im Bureau, konnte als Schriftführer nicht anders berichten, als wie es sich tatsächlich zugetragen hat; ferner muß ich erklären, daß wir niemals gegen den Verband agitirt haben, im Gegentheil, es ist sogar von einigen Unabhängigen beantwortet worden, daß man Nichts gegen den Verband unternehmen solle. Wir erklären nun den Grund, weshalb wir uns von dem Verband losgesagt haben. Erstens kann der Verband die Interessen einer Gewerkschaft, welche unter der heutigen Spezial- und Fachwirthschaft besteht, gar nicht vertreten; zweitens kann er die indifferenten Kollegen niemals so heranziehen, als wie eine Fachorganisation, weil, wenn man zusammenarbeitet, der Betreffende besser aufzuklären und heranzuziehen ist, als im Verbande. (Beweis haben wir.) Drittens müssen wir erklären, daß wir vor Jahresfrist schon dafür agitirt haben, daß wir unseren Kollegen anempfohlen haben, wenn sie richtig gewerkschaftlich aufgeklärt werden wollen, nur dem Fachverein beizutreten, und wenn sie wollen politisch reif werden, nur den Wahlvereinen beizutreten, dann sind sie gewerkschaftlich organisiert und politisch zentralisirt. Auf die Angelegenheit betr. das Schiedsgericht kommen wir noch zurück.

